

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Sommer 2014  
Nr. 184, 43. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Zum Zustand in der Türkei

## Politische und kulturelle Kämpfe



Aus den Kommunalwahlen am 30. März ging die AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) als Siegerin hervor: 43,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten für sie, das waren 7,2 Prozent mehr als bei den letzten Kommunalwahlen. Eine erstaunliche Zustimmung der Bevölkerung, die vor allem vor dem Hintergrund der letztjährigen großen Aufstände und Demonstrationen nicht so einfach zu verstehen ist.

### Zur Vergangenheit der AKP

Die AKP wurde 2001 von jüngeren Kadern der „Wohlfahrtspartei“ gegründet. Die Wohlfahrtspartei hatte im wesentlichen drei Stützen

in der türkischen Gesellschaft: die anatolische Handels- und Industrie-Bourgeoisie, die konservativ-gebildeten „neuen“ Wohlhabenden in den Metropolen und ein Teil der armen Bevölkerung aus der Provinz und den Städten. Ihr Gründer und bis in die 90er Jahre unbestrittene Führer

Necmettin Erbakan wettete in Anlehnung an den islamischen Glauben, gegen „Zins“ und „freie Marktwirtschaft“ und trat für eine „gerechte Ordnung“ ein. Die Politik der Partei war pan-islamisch (deshalb auch unter der sunnitischen kurdischen

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Zum Zustand in der Türkei	S. 1
Venezuela:	
Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?	S. 7
Bericht von unserem Wochenendseminar in München	S. 12
Tschechien: Besiegte Sieger	S. 13
Machtpoker um die Ukraine	S. 14
Die Subventionierung der Ukraine durch Russland	S. 18
Faschisten in Kiew?	S. 21
Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?	S. 25

## In eigener Sache

Massenaufmarsch auf den Straßen, Geschrei und Begeisterung auf allen Kontinenten – sind endlich die Völker aufgewacht und empören sich gegen die immer bedrohlicher werdende Kriegsgefahr von Kiew bis Bagdad, von Kirkuk bis Damaskus? Sieht man endlich, wie die Flammen züngeln, den gesamten Nahen Osten erfassen? Natürlich nicht; die Massen stehen nur im Banne der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien... Wieder einmal ein Beispiel, wie der Ablenkungsmechanismus der herrschenden Klasse funktioniert: Brot und Spiele!

Die Tagungsbeiträge unseres Wochenendseminars drucken wir im folgenden ab:

Die Krise und der Niedergang in und um die Ukraine sind weiter im Gange, ein Kompromiß ist nicht in Sicht. Die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“

hat dazu eine Stellung bezogen, die von den bürgerlichen Massenmedien abgeweht. Wir drucken diese Artikel nach.

Der politische und wirtschaftliche Einfluß der Türkei ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen, und damit auch ihre Ansprüche auf eine größere Regionaldominanz. Der Westen, auch die BRD, schließen einfach die Augen vor der Zunahme repressiver Herrschaftsmethoden in diesem Land. Das Referat darüber auf unserem Münchner Seminar stellen wir als weiteren Artikel vor.

Die Linksentwicklung in Venezuela, der angepeilte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, war lange Zeit auch ein

Hoffnungsschimmer für deutsche Sozialisten. Nicht nur der Tod von Chavez, vor allem die schwierigen inneren und äußeren Bedingungen stürzten das lateinamerikanische Land in eine tiefe Krise. Die Konterrevolution ist zu einer ernstesten Bedrohung geworden. Wir berichten über diese Entwicklung.

Aus Prag schreibt uns ein Genosse über die verworrenen politischen Verhältnisse in der tschechischen Republik.

Zu unserem Artikel im Heft Nr. 183 zu den Antikriegsbeiträgen der Autoren Wagner bzw. Pflüger haben wir eine eine Reaktion in Form eines längeren Leserbriefs erhalten. Die Zeitschrift bleibt nicht bei der Kritik stehen, sie bringt auch Ergänzungen und viele Fakten.

Wir bedanken uns herzlich für die vielen Geldeingänge nach dem Versand der März-Nummer!

Die Leserinnen und Leser, die sich daran nicht beteiligt haben, möchten wir auffordern, dies nachzuholen.



*Graffiti in Sao Paulo gegen Fifa*

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)  
[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Hass auf die Arbeiterklasse: 13. Mai 2014, noch weiß man nicht wieviele Kumpel im Bergwerk von Soma gestorben sind. Als Ministerpräsident Erdogan auftaucht, wird er von Kumpels

und Bevölkerung ausgebuht. Einer der Protestierenden wird von einem Berater des Ministerpräsidenten in Zusammenarbeit mit paramilitärischer Gendarmerie zusammengetreten.

Bevölkerung relativ erfolgreich), antiwestlich und antisemitisch. Bei den Parlamentswahlen Mitte der 90er Jahre gewann die Wohlfahrtspartei Erbakans über 20% der abgegebenen Stimmen und wurde stärkste Kraft. Von seinem Amt als Ministerpräsident wurde er nach nur einem Jahr im Juni 1997 durch einen, wie es in der Türkei heißt, „postmodernen Putsch“ vertrieben.

In der Folgezeit befand sich die Partei in einer tiefen Krise, ihre Politik hatte zwar bei den letzten Wahlen knapp über 20 Prozent der Menschen für sich mobilisiert, aber mehr war nicht drin. Die Jüngeren versuchten innerhalb der Wohlfahrtspartei die Mehrheit zu erringen; als dies scheiterte und das Verbot der Partei absehbar war, gründeten sie die AKP und bezeichneten sich als eine konservative, liberal-demokratische Partei. Bei den Parlamentswahlen im November 2002 erreichte sie 34,5 Prozent und erhielt wegen der bis heute gültigen zehn-Prozent-Hürde 66 Prozent der Parlamentssitze. Bei den folgenden Wahlen konnte sie ihre Stimmen weiter steigern; bei den Parlamentswahlen 2011 erreichte sie fast 50 Prozent der Stimmen.

### Gläubig und Neoliberal

Auch wenn die Wurzeln der Partei im politischen Islam liegen und sie eine ähnliche Wählerschaft hat wie ihre Vorgängerin, kamen in den folgenden Jahren viele liberale und ehemalige Linke dazu, was ihre Basis vergrößerte. Einen „großen Verdienst“ am Erfolg der AKP haben sicherlich die Militärs, die jede Regung im Land, sei sie isla-



misch-konservativ, gewerkschaftlich, linksliberal oder kurdisch, mit brutalen Mitteln unterdrückten. Ein ebensolches Verdienst hat die CHP, Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei). Mit ihrer nationalistisch-antikurdischen, putschistischen Politik vor allem in den späten 90ern und Anfang der 2000er Jahre trug sie viel zum Erfolg der AKP bei.

Aber der Erfolg der AKP liegt vor allem darin, dass zu Beginn der 2000er Jahre die alten Parteien abgewirtschaftet hatten, die schwerste wirtschaftliche Krise Millionen von Menschen jegliche Existenzgrundlage genommen hatte und die Bevölkerung vom Krieg in Kurdistan müde war. Der AKP kam auch zu Hilfe, dass der PKK-Vorsitzende Öcalan 1999 festgenommen wurde. Bei der Gerichtsverhandlung rief Öcalan die kurdische Guerilla auf, sich hinter die türkische Grenze zurück zu ziehen. In der folgenden Zeit trat eine relative Ruhe ein, der Ausnahmezustand im Südosten der Türkei wurde im November 2002 aufgehoben. Die Wirtschaft erholte sich von der Krise, mit der Europäischen Union wurden Beitrittsver-

handlungen aufgenommen, im Zuge dessen die Todesstrafe abgeschafft ... Dies alles konnte die AKP glaubhaft als ihren Erfolg darstellen, was trotz diverser Widersprüche bis heute ihre Wahlerfolge sichert.

### Die Kommunalwahlen im März 2014

Die Wahlbeteiligung lag mit 89 Prozent um acht Punkte höher als bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2009, wobei man berücksichtigen muss, dass in der Türkei die Wahlpflicht gilt und das Nichtwählen ungerechnet ca. 13 Euro kostet. Viel Geld für einen Beschäftigten mit einem Mindestlohn von monatlich ca. 370 Euro (1071 Türkische Lira) brutto.

Die Enttäuschung, vor allem auf der linken Seite war groß, hatte man doch nach den Gezi-Protesten im letzten Frühjahr/Sommer und nach diversen Korruptionsskandalen einen Rückgang der Stimmen für die regierende AKP erwartet.

Damit ist klar, was sich auch nach den letzten Parlamentswahlen gezeigt hatte: knapp die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung sieht zurzeit keine Alternative zur AKP. Auch die zahlreichen Wahlfälschungsvorwürfe – so fiel zum Beispiel während der Stimmauszählung in weiten Teilen der Türkei der Strom aus (schuld daran soll ein Katze(!) gewesen sein, die in einem Umspannwerk einen Kurzschluss verursacht habe), auch tauchten gefälschte Wahlunterlagen und Stimmzettel auf Mülldeponien auf – ändern an dem überlegenen Wahlsieg der AKP vermutlich nichts.

## Unerfüllte Erwartungen

Doch das Gesamtbild ist noch schlimmer: auch die türkischen Faschisten bekamen landesweit über 15 Prozent der abgegebenen Stimmen und stellen in mehreren Städten Bürgermeister. Dagegen konnte das von sozialistischen Organisationen und der kurdischen Bürgerrechtsbewegung getragene Wahlbündnis HDP (Halkların Demokratik Partisi, Demokratische Partei der Völker) landesweit nur knapp über zwei Prozent der Stimmen für sich verbuchen und blieb hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Lediglich in kurdisch besiedelten Regionen konnte sich die kurdische BDP (Barış ve Demokrasi Partisi, Partei des Friedens und der Demokratie) als stärkste politische Kraft behaupten. Aber selbst dort erreichte die AKP in vielen Städten teilweise über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen.\*

\*Landesweit erreichten HDP und BDP gemeinsam ca. 6,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei die BDP im Osten/Südosten des Landes und die HDP in den westlichen Gemeinden und Städten kandidierte.

Die kemalistisch-sozialdemokratische CHP konnte auch fast fünf Prozent Stimmzugewinne, in absoluten Zahlen über drei Millionen Stimmen, für sich verbuchen, erreichte jedoch nicht das selbstgesteckte Ziel, die Mehrheit der Sitze wie auch die Oberbürgermeisterämter in Ankara und Istanbul zu erobern. Die beiden Städte werden

auch zukünftig von der AKP regiert. Bei alledem sollte aber nicht vergessen werden, dass in der Türkei auch bei den Kommunalwahlen die Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug in die Rathäuser gilt. Deshalb werden vielfach die „kleineren Übel“ gewählt, die aber sicher über die Sperrklausel kommen.

## Der letzte Aufstand...



*Auf dem Polizeischild steht „Gesetz“  
Aus dem türkischen Tageszeitung  
Evrensel*

Die Proteste begannen Ende Mai 2013 gegen die Abholzung der Bäume im Gezi-Park im Zentrum von

Istanbul. Um die Fällungen zu verhindern, hatten einige UmweltaktivistInnen und GentrifizierungsgegnerInnen ein kleines Zeltcamp im Park errichtet. Sie wurden mit brachialer Gewalt aus dem Park rausgeprügelt, ihre Zelte, Schlafsäcke und was noch da war verbrannt. Die Empörung angesichts der Brutalität der Polizei und Selbstherrlichkeit der Regierung und Behörden war so groß, dass sich in den folgenden Tagen der Protest rasant auf die gesamte Türkei ausbreitete. Millionen von Menschen gingen vor allem in den großen Städten auf die Straße.

Die Regierung schien diese Empörung und große Solidaritätswelle nicht erwartet zu haben. In Istanbul wurde vor Polizeieinsätzen immer wieder der öffentliche Verkehr, einschließlich der Bosphorus-Fähren eingestellt, damit die Bevölkerung nicht den am Taksim-Platz Kämpfenden zu Hilfe eilen konnte. Wer Istanbul kennt, weiß, welche Lahmlegung dies für die 16 Millionen-Stadt bedeutet. Doch vergeblich, entweder strömten die Menschen zu Fuß zu Hunderttausenden in die Innenstadt, oder verwickelten die Sicherheitskräfte in allen Stadtteilen in Kämpfe. In anderen Metropolen sah es nicht anders aus. Der Park selber und der Taksim-Platz wurden mehrmals von der Bevölkerung zurückerobert und immer wieder von der Polizei geräumt.

Mitte Juni erinnerten die Kämpfe in den Metropolen der Türkei an Bürgerkrieg, die Polizei schien die Kontrolle verloren zu haben und ging immer gewaltsamer vor. Mehrmals mussten sich die Polizeieinheiten aus den Stadtvierteln zurückziehen, weil ihnen die Plastikgeschosse und Gaskartuschen ausgingen.

In den Medien wurden diese Kämpfe oft als der Aufstand der jungen, gutausgebildeten, wohlhabenden „Twitter-Generation“ dargestellt. Natürlich waren sie auch dabei, aber ohne die Hunderttausenden, Millionen aus den Armen-Vierteln hätten die Kämpfe nie dieses Ausmaß erreicht und wären nicht mit solcher Beharrlichkeit geführt worden. Die Polizeikolonnen, die in die Zentren der Städte fahren wollten, wurden oft schon an den Stadtautobahnen, die die Armenviertel durchschneiden, aufgehalten. Im



Juni 2013 lernten hunderttausende Jugendliche von Linken wie man Barrikaden baut und sich gegen Polizeiangriffe wehrt, wie man sich untereinander solidarisch verhält, warum die Homo-, Bi- und Transsexuellen, die KurdInnen, Frauen, die Arbeiterklasse sich mit diesem Staat und seinen Prügelhorden seit Jahrzehnten auseinandersetzen müssen. Gerade wegen dieser Solidarität der Demonstrierenden untereinander und wegen des großen Humors der Menschen auf der Straße, hat dieser Aufstand schon jetzt einen besonderen Platz in der türkischen Geschichte bekommen.

Durch die Polizeigewalt starben acht Demonstranten, nach Angaben der türkischen Ärztekammer wurden über 8.000 Demonstrierende verletzt, 14 von ihnen sind durch Gaskartuschen/Plastikgeschosse erblindet, viertausend Menschen wurden festgenommen, über hundert von ihnen sind in U-Haft.

### ...und die Hintergründe.

Die türkische Regierung erhielt aus dem In- und Ausland viel Lob für ihre „demokratischen Reformen“, für die Zurückdrängung der Macht des Militärs, für die Freigabe der kurdischen Sprache und so weiter und so fort. Nun, diese Maßnahmen waren notwendig für die Teilnahme am globalen Waren- und Kapitalverkehr und damit für das Überleben der Regierung. Die türkischen Unternehmerverbände drängten schon seit Jahrzehnten zu diesen Schritten. Aber darüber hinaus ist eigentlich nichts passiert, im Gegenteil.

Der so genannte „Friedensprozess“, der eine Lösung im Konflikt in Kurdistan bringen soll, wird nicht in Verhandlungen mit der kurdischen Bürgerrechtsbewegung und der Guerilla erörtert, sondern in Geheimgesprächen zwischen dem verurteilten PKK-Vorsitzenden Öcalan und dem türkischen Geheimdienst. Weder gibt es eine gesetzliche Grundlage, noch eine von der Regierung veröffentlichte Vorstellung, wohin diese Gespräche führen sollen. Die kurdische Seite hat ganz klar erklärt was sie will: Selbstverwaltung innerhalb der heute bestehenden Grenzen der Tür-

kei. Während die AKP-Regierung die kurdische Seite mit kurdischem Fernsehen und Kurdisch-Kursen hinhält, baut sie gleichzeitig die militärische Infrastruktur in Kurdistan rasant aus: Es werden in unzugängliche Gebiete Militärstraßen gebaut, in Dörfern und Gemeinden Militärstützpunkte errichtet und die Proteste der Bevölkerung dagegen werden blutig niedergeschlagen. Trotz aller Hoffnungen von Teilen der kurdischen Bewegung und eines Teils der türkischen Gesellschaft, wird die AKP die Lösung dieses Problems nie ernsthaft angehen können, weil sie wie die anderen bürgerlichen Parteien im türkischen Chauvinismus gefangen ist. Der Frieden in Kurdistan innerhalb der jetzigen Weltordnung, gerade angesichts der Entwicklungen im Irak und in Syrien scheint in immer weitere Ferne zu rücken. Gerne hätten wir an diesem Punkt unrecht.

### Der Zustand der Arbeiterklasse

Wenn er sich anbiedern will, spricht Regierungschef Erdogan gerne von „meinen kurdischen Schwestern und Brüdern“. So redet er auch die Arbeiterinnen und Arbeiter an, wenn sie brav sind und nicht auf-

begehren. Das ist durchaus ernst gemeint, denn nach dem Islam sind alle Menschen, ohne Unterschied Brüder und Schwestern. Nur dürfen sie gegen die Obrigkeit nicht aufsässig sein, dann werden sie diesseits und jenseits belohnt werden. Den bürgerlichen PolitikerInnen und JournalistInnen hierzulande, die in der AKP den Beweis sehen wollen, dass Islam und Demokratie vereinbar seien, sei gesagt, mit dem Islam funktioniert der Kapitalismus genau so gut wie mit dem Christentum. Wie und unter welchen Bedingungen die Arbeiterklasse lebt, ist ansonsten eine Frage der Klassenkämpfe. Und in den Klassenkämpfen ist die türkische Arbeiterklasse seit Jahrzehnten die Unterlegene.

Nach dem Militärputsch, der notwendig war um die neoliberale Neuausrichtung der türkischen Wirtschaft zu gewährleisten, haben die Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen nie wieder die Stärke erreicht, die sie zuvor hatten. Es sind immer noch dieselben Gesetze und die Verfassung in Kraft, die die Putschisten verabschiedet haben – auch wenn sie von Zeit zu Zeit etwas verändert werden. Wir haben in der Arbeiterstimme oft beschrieben, wie die gewerkschaftliche Organisation be- und verhindert wird (siehe z.B. *Arbeiterstimme* 176,



Die Beschäftigten eines großen Kraftwerks im Westen der Türkei, Yatağan, streiken gegen die Privatisierung. In den letzten Tagen demonstrierten sie mit den Kumpels des ebenfalls im Westen der Türkei liegenden Bergwerks Soma, gegen Privatisierung, Subunternehmertum und für Arbeitssicherheit. Im Streik sind zur Zeit auch 5.500 Glashüttenarbeiter für höhere Löhne, außerdem wehren sich hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter einer Großmolkerei gegen ihre Kündigung, weil sie sich in der Gewerkschaft organisiert haben.

Sommer 2012), deswegen gehen wir hier diesmal nicht darauf ein. Aber die Verachtung für die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse brachte Erdogan nach den über 300 Toten im Bergwerk von Soma klar zum Ausdruck, als er meinte solche Unfälle wären das Berufsrisiko des

Da der Organisationsgrad der Gewerkschaften in der privaten Wirtschaft nur noch bei drei Prozent liegt, sind die Beschäftigten ganz den Unternehmern ausgeliefert. Flammen mal Arbeitskämpfe auf, was in der Türkei täglich irgendwo passiert, werden sie mit Entlassun-



„Der Mann schlägt, der Staat schützt“, Frauendemonstration

Bergmanns, und dafür Beispiele aus dem 19. Jahrhundert aus Westeuropa auführte.

Die Ausbeutungsbedingungen der Klasse werden, je mehr sich der Neoliberalismus durchsetzt, umso barbarischer. Die Regierungsjahre der AKP sind von einer grenzenlosen Deregulierung des Arbeitsmarktes und Privatisierungen geprägt. Das schlägt sich auch unmittelbar in den Todeszahlen bei Arbeitsmorden, wie die türkischen Kolleginnen und Genossinnen sagen, in Betrieben nieder. Nach offiziellen Zahlen starben zwischen 2002 – 2005 durchschnittlich 898 Arbeiterinnen und Arbeiter jährlich bei der Mehrwertproduktion. In den Jahren 2006 bis 2012 waren es im Durchschnitt schon 1.223. Das sind die offiziellen Zahlen. Da über ein Drittel der Beschäftigten in der so genannten Schattenwirtschaft arbeitet, also ohne Sozialversicherung und nicht erfasst, sind die tatsächlichen Zahlen weit höher.

Nach dem 1980er Militärputsch erreichten die Löhne erst 1999 wieder die Kaufkraft von 1978 um in der Krise von 2001 wieder in das Bodenlose zu fallen. Die Reallöhne befanden sich 2007 immer noch um über 21 Prozent unter dem Niveau von vor dem Putsch. Auf diesem Niveau dümpeln sie immer noch.

gen, mit Polizeigewalt beendet.

Wenn man sich die nackten Zahlen der Jahre seit dem Amtsantritt der AKP anschaut, wuchs die Wirtschaft der Türkei um bis zu neun Prozent, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf stieg zwischen 2003 und 2013 von 4500 Dollar auf 11 000 Dollar, die Schulden an den IWF sind bezahlt, im Land wird überall gebaut, die Zahl der Millionäre hat sich seit 2006 verdoppelt – wenn das keine gute Nachrichten sind. Natürlich weisen bössartige Menschen darauf hin, dass über 16 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze leben und weitere 16 Prozent als permanent von Armut bedroht angesehen werden. Bei diesen Löhnen auch nicht erstaunlich.

### Der Kulturkampf

Die AKP ist auch nach eigenem Verständnis eine wirtschaftsliberale, konservative Partei. Ihren Konservatismus nach islamischer Spielart bekommen vor allem jene zu spüren, die vom Leben eine andere Vorstellung haben. In der deutschen Presse wird oft als Beispiel die Restriktion der Ausschankregelungen für Alkohol aufgeführt. Tatsächlich kann sich die Arbeiterklasse mit ihrem geringen Lohn kaum noch alkoho-

liche Getränke leisten. Vor allem nachdem die Steuern für das Nationalgetränk Raki in den letzten zehn Jahren um 655 % erhöht wurden, ist Raki ein Luxusgetränk geworden.

Aber noch gravierender sind die Auswirkungen des Konservatismus auf die Frauen. Die Frauenorganisationen weisen auf den Zusammenhang zwischen der Zunahme der Frömmigkeit in der Gesellschaft und der Gewalt gegen Frauen hin. Nach Zählungen der Frauenorganisationen – das Justizministerium gibt an, dass es Morde an Frauen nicht gesondert registriert – sind in der Regierungszeit der AKP 6.910 Frauen ermordet worden, meist durch Freunde und Ehemänner. In den ersten hundert Tagen dieses Jahres sind es schon 61 Frauen. Deniz Özlem Bilgili von der feministischen „Plattform wir werden die Frauenmorde stoppen“ (Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu) sagt gar, dass in der Regierungszeit der AKP die Frauenmorde um 1400 Prozent zugenommen hätten.

Ohne nachprüfen zu können ob diese Zahlen stimmen, kann man die tägliche frauenfeindliche Gesinnung sehen: der Ministerpräsident kann sich ohne sich zu schämen hinstellen und sagen, er erwarte von jeder türkischen Frau mindestens drei Kinder und im staatlichen Fernsehen redet ein regierungsnaher Theologe davon, dass schwangere Frauen sich nicht in der Öffentlichkeit zeigen sollen, weil das unästhetisch und beschämend wäre. Erdogan bezeichnet Schwangerschaftsabbrüche, ganz der westliche „Lebensschützer“, als „Massenmord an ungeborenem Leben“.

Als die Regierung nach wütenden Protesten von Frauenorganisationen ein neues Gesetz verabschiedete, das Morde an Frauen verhindern soll, nannte sie es das „Gesetz zum Schutze der Familie und zur Verhinderung der Gewalt gegen die Frauen“. Denn nach ihrer Ideologie gehört das zusammen; dass die meisten Gewalttaten gegenüber Frauen, wie überall auf der Welt, in der Familie begangen werden, passt nicht in ihr Weltbild.

Juni 2014

## Venezuela:

# Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?

Zwei Konflikte standen im Frühjahr dieses Jahres besonders im Blickpunkt der medialen Öffentlichkeit. Es ging aber nicht mehr um den Bürgerkrieg in Syrien, der in seinen verschiedenen Facetten der Scheußlichkeiten so alltäglich geworden ist, dass ihm die Medien kaum noch etwas – im wörtlichen Sinne – abgewinnen können. Sicher wird er gelegentlich noch erwähnt, wenn etwa Präsident Assad in den von Regierungstruppen beherrschten Gebieten eine Wahl organisieren lässt. Die Schlagzeilen des Frühjahrs waren Ereignissen in der Ukraine und in Venezuela – in dieser Reihenfolge – vorbehalten. Die krisenhafte Entwicklung in der Ukraine führte rasch zur Abspaltung der Krim, zu bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten und, damit verbunden, zu einer gefährlichen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und Russland. Eine vorläufige Einschätzung ist in der letzten *ARSTI* unter der Überschrift: „Weltpolitische Krise: Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine“ vorgenommen worden.

Der Sturz einer parlamentarisch legitimierten Regierung durch die „Straße“ ist für deutsche Mainstream Medien eine ambivalente Angelegenheit. Einerseits will man stets die formaldemokratische Fahne hochhalten, und dazu gehört auch eine ordentliche Regierungsablösung. Am Beispiel Ukraine zeigt sich jedoch, dass, wenn es ins Kalkül der sog. westlichen Wertegemeinschaft passt, schon mal ein Auge zugedrückt und gelegentlich kräftig nachgeholfen wird. Was Venezuela betrifft, wurde und wird ein ähnliches Muster der Destabilisierung wie in der Ukraine versucht, bisher jedoch noch nicht mit dem gewünschten Erfolg. Warum eigentlich nicht? Glaubt man den privaten Medien des Landes und den sich auf sie beziehenden internationalen Medien, so sollen die Lebensbedingungen ein Jahr nach dem Tode von Präsident Hugo Chavez Frias nahezu

unerträglich sein. Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) bemühte am 16. April als Kronzeugen für den „Niedergang des Landes“ den kolumbianischen Autor Hector Abad, der zu folgendem Resümee kommt: „Inmitten dieses gewalttätigen Chaos warten alle auf einen venezolanischen Frühling, der das Land aus seinem Traum, der zum Albtraum geworden ist, befreien soll.“ Angenommen, Abad hätte mit seiner Behauptung, alle (?) Venezolaner erwarteten eine Befreiung von den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, stellt sich dann nicht die Frage: Warum hat eine deutliche Mehrheit noch im Dezember 2013 den für das angebliche Chaos Verantwortlichen ihre

zu verschaffen, darin bestehen müsste, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch Teile der ärmeren Schichten gegen die Regierung in Stellung zu bringen. Der SZ-Korrespondent mit Sitz in Buenos Aires bezeichnet Capriles als die „Stimme der Gemäßigten“ und sieht in ihm die Alternative zum Präsidenten Nicolas Maduro, dem seiner Meinung nach „Charisma und Talent seines Vorgängers“ fehlten. Doch ginge es in Venezuela nur um Charisma und Talent einer Führungsfigur, wäre die Situation weniger dramatisch. Und, wenn dieselben Journalisten, die dem lebenden Chavez nichts abgewinnen konnten, nach dessen Tod plötzlich seine Vorzüge gegen-



Nicolás Maduro

Stimme gegeben? Differenzierter geht da Peter Burghardt am selben Tag in der *Süddeutschen Zeitung* ans Werk. In seinem mit „Verrottete Revolution“ überschriebenen Kommentar (für die Überschrift ist er nicht verantwortlich) bescheinigte er Chavez „ein historisches Verdienst“, weil er „Teile der Ölmilliarden zu den Armen“ umleitete, Aber auch Burghardt rechnet gnadenlos mit der Regierung ab. Seine Sympathie gilt dem vormaligen venezolanischen Oppositionsführer Henrique Capriles, der sich mittlerweile mehr Erfolg davon verspricht, die Errungenschaften der Chavezregierungen nicht mehr pauschal in Frage zu stellen. Nach Ansicht mancher Beobachter soll Capriles eingesehen haben, dass eine erfolgreichere Taktik, der Opposition eine Mehrheit

über dem Nachfolger hervorheben, muss das nachdenklich stimmen. Der Chavezbiograph Ignacio Ramonet, sagt über Maduro: „Er kommt aus der Arbeiterklasse, ist Gewerkschafter, studierter Marxist und hat sich in dem Jahr nach seiner Wahl zu einem Staatsmann entwickelt, der in Venezuela und Lateinamerika zu Recht hohe Achtung und Anerkennung erfährt. Außerhalb des Kontinents wird er dagegen angefeindet und dämonisiert. Das spricht doch eher dafür, daß er seine Sache gut macht.“ (*junge Welt*, 30.4.14)

Was die bürgerlichen Medien völlig ausblenden möchten, ist der Klassencharakter der Auseinandersetzungen. Weil Venezuela sozial tief gespalten ist, ist die politische Polarisierung eine logische Folgerung aus der Struktur der Klassengesellschaft.

Mit Chavez bekam die vorher aus dem politischen Geschehen ausgeschlossene Bevölkerungsmehrheit eine Stimme und die Möglichkeit der konkreten Beteiligung. Der Widerspruch zwischen den Interessen dieser Mehrheit und den verschiedenen Sektoren der u.a. von den Ölpfründen verdrängten Bourgeoisie musste notwendigerweise im Kampf um die politische Macht eskalieren. Denn in Venezuela ist die Gesellschaft nach wie vor kapitalistisch dominiert, und somit ist die Frage offen, welche Klassen als Sieger aus den gesellschaftlichen Kämpfen um die politische Macht hervorgehen werden. In vielen Ländern gelingt es der Bourgeoisie, ihre Interessen im parlamentarischen Rahmen zu realisieren. Sollte es einmal nicht gelingen, ist man stets bereit, andere Methoden der Machtübernahme, wie etwa in Chile 1973, ins Auge zu fassen. Beinahe wäre es in Venezuela 2002 gelungen, die Regierung durch einen Putsch zu beseitigen. Wieder einmal ein Beweis, dass sich Kapitalisten und ihre in- und ausländischen Helfershelfer einen Dreck um demokratische Gepflogenheiten scheren. Erinnern wir uns: In der Innenstadt von Caracas, an der Llaguno-Brücke, erschossen am 11. April 2002 von der Opposition angeheuerte Scharfschützen neunzehn Menschen. In den Medien der oppositionellen Kräfte wurde die Lüge verbreitet, bolivarianische Zirkel hätten auf Anordnung von Chavez damit begonnen, ein „Massaker am Volk“ einzuleiten. Mit dieser absurden Behauptung wurde der Putsch begründet. Allen, die sich vom Charakter des Putsches in Kiew 2014 täuschen ließen, sei angeraten, sich mit dem Putsch von Caracas intensiver zu beschäftigen. Weder der Putsch, noch die Wirtschaftssabotage, auch nicht die Beteiligung an Wahlen brachten bisher das von der Bourgeoisie gewünschte Ergebnis.

### Ein „weicher Putsch“ mit Ansage?

Als Konsequenz aus diesem Scheitern verständigten sich Gruppen der Opposition auf eine Strategie, die als „weicher Putsch“ (A.Scheer, MBL 2/14) bezeichnet werden kann. Begonnen wurde damit am symbolträchtigen

12. Februar 2014, dem Tag der Jugend und der legendären Schlacht von La Victoria. Ausgehend von der Einschätzung, dass ein parlamentarischer Wechsel in den nächsten Jahren nicht zu erreichen und andererseits der revolutionäre Prozess durchaus fragil ist, sollten militante Aktionen die Regierung nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Die Taktik sah in etwa folgendermaßen aus: Zuerst wurde das Gerücht gestreut, Maduro sei nicht in Venezuela geboren und könne deshalb nicht Präsident sein: Gleichzeitig begann man v.a. in Kommunen, die von der Opposition regiert werden, an zentralen Stellen Barrikaden zu errichten und die öffentliche Ordnung zu sabotieren. Medien im Besitz des nationalen und internationalen Kapitals berichteten über die Aktionen klassensolidarisch und übertrieben stets die Zahl der Aktionen und der Teilnehmer. So musste der Eindruck entstehen, das



*Venezuela braucht dich  
Töte einen Chavisten!*

ganze Land befinde sich im Aufruhr. Die über 40 Toten und Hunderte von Verletzten, die im Zusammenhang mit diesen Aktionen zu beklagen waren, wurden pauschal den Sicherheitsorganen bzw. bolivarianischen Basisgruppen angelastet. Händler hielten Waren des täglichen Bedarfs zurück. Über real vorhandene Versorgungsschwierigkeiten wurde tendenziös nach dem Motto berichtet: Eine Regierung, die nicht einmal für genügend Toilettenpapier sorgen kann, hat abgewirtschaftet. Letztlich sollte diese Stimmungsmache Risse

im Regierungslager verstärken und der Regierung die Basis entziehen. Für die seit dem Februar 2014 angewandte Taktik des weichen Putsches stehen an vorderster Stelle einige Figuren, die schon am Putsch 2002 aktiv beteiligt waren: Leopoldo Lopez Mendoza, Maria Corina Machado und Antonio Ledezma.

Lopez Mendoza, der arrogante Vorsitzende der rechten Partei Voluntad Popular (VP), Sproß einer Familie, die schon den ersten Präsidenten Venezuelas gestellt hatte, lehnt im Unterschied zu Capriles jedes Gespräch mit der Regierung strikt ab. 2000 war der ehemalige Harvard-Student zum Bürgermeister von Chacao, der reichsten Stadt des Landes gewählt worden. Noch im Februar stellte die Generalstaatsanwalt einen Haftbefehl wegen Anstiftung zu gewaltsamen Protesten, bei denen in Caracas drei Menschen erschossen worden sind, gegen ihn aus. Während der Zeit seiner Inhaftierung übernimmt Maria Corina Machado seine Rolle. Sie ist Gründerin der dubiosen Nichtregierungsorganisation Sumate, eine „Vereinigung zur Förderung von Verfassung und Demokratie“ und verfügt über exzellente Beziehungen zu rechten US-amerikanischen Kreisen wie etwa dem ehemaligen Präsidenten George W. Bush. Im März verlor sie ihr Mandat als Abgeordnete wegen Verletzung von Art. 191 der Verfassung, der es Abgeordneten untersagt, Ämter oder Funktionen in ausländischen Regierungen ohne Genehmigung der Nationalversammlung zu übernehmen. Was war geschehen? Die US-hörige Regierung Panamas hatte, um der venezolanischen Regierung eins auszuwischen, Machado zur stellvertretenden Repräsentantin der Delegation der Republik Panama bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) erklärt. Das Manöver wurde durch eine Intervention Nicaraguas weitgehend unterbunden. Machado ist nun ohne Mandat, mischt aber weiterhin kräftig mit. So gelang es ihr, vom Vorsitzenden der außenpolitischen Kommission des EU-Parlaments in Brüssel, dem deutschen CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok, eine Einladung zu bekommen. Verbunden war diese Einladung mit 40 Minuten Redezeit vor der Kommission. Die Einladung soll auch – wenn wundert’s – von Liberalen und

Sozialdemokraten unterstützt worden sein. Brok muss gewusst haben, um wen es sich bei Machado handelt. Anfang Juni erlangte der Vorgang eine besondere Brisanz. Der venezolanische Geheimdienst deckte Pläne auf, die eine Verschärfung der gewalttätigen Aktionen und die Ermordung des Präsidenten durch rechtsextreme Kräfte der Opposition beinhalten. An führender Stelle wieder mit dabei Machado, die am 23. Mai an den ehemaligen UNO-Botschafter Diego Arria eine eindeutige Mail geschrieben haben soll. O-Ton: „*Ich bin es leid zu warten. Wir müssen diesen Dreck wegräumen, angefangen mit dem Anführer dieser Sache, und (wir müssen) die Weltlage mit der Ukraine und nun Thailand ausnutzen. Je eher desto besser... Ich denke, der Moment ist gekommen, um unsere Kräfte zu vereinen, die nötigen Anrufe zu machen und Finanzierung für die Vernichtung Maduros zu bekommen. Der Rest wird von selbst auseinanderfallen.*“ (Portal amerika 21.de, 4.6.14) Von Regierungsseite wurde des Weiteren auf Erkenntnisse hingewiesen, die eindeutig die Verwicklung des US-amerikanischen Botschafters in Kolumbien, Kevin Whitaker, in Machados Putschpläne belegen.

Der dritte Scharfmacher an der Spitze der Opposition ist Antonio Ledezma, Bürgermeister des Hauptstadtbezirkes von Caracas. Er, der heute keine Gelegenheit auslässt, sich über die angebliche Gewalttätigkeit der Regierungsseite zu beklagen, war zu Beginn der 1990er Jahre für die Ermordung von Dutzenden von Studenten verantwortlich. Als es im April zu Gesprächen zwischen der Regierung und Vertretern des Oppositionsbündnisses MUD kam, demonstrierten in Caracas etwa 600 Studierende aus der Studentenorganisation Junta Patriótica Estudiantil y Popular (JPEP) gegen die Teilnahme des Oppositionsbündnisses an den Gesprächen. Unterstützung erhielten sie vom Bürgermeister Ledezma. In deutschen Medien wird gern der Eindruck erweckt, die Studierenden in Venezuela seien Teil der Opposition. Dabei muss man die Zahlenverhältnisse berücksichtigen. Zu Beginn der Amtszeit von Hugo Chavez gab es etwa 900 000 Studierende. 2013 waren es bereits ca. 2,7 Millionen. Der durch die chavistischen Regierungen ermöglichte breite Zugang zu den

Universitäten bedroht die Privilegien der bisher Privilegierten aus der oligarchischen Schicht. Es sind genau aus diesem Grund nicht die Massen der Studierenden, die gegen die Regierung auf die Straße gehen.

### Wie erfolgreich war bisher die neue Taktik der Opposition?

War nun die Taktik der Opposition, den Straßenkampf zu verschärfen und durch militante Aktionen das Land nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, erfolgreich? Mark Weisbrot recherchierte für den britischen Guardian im März vor Ort in Caracas. Seine Eindrücke: „*Bilder verfälschen die Realität. Videosequenzen selbst unbewegte Abbildungen können sich tief ins Bewusstsein der Menschen einbrennen ohne dass die es überhaupt merken. Ich hielt mich selbst eigentlich für immun gegen die immer wiederkehrende*



*Maduro versteht die Studenten nicht*  
 1. weil er nicht studiert hat  
 2. weil er kein Venezolaner ist

*Beschreibung Venezuelas als kriselnder, gar scheiternder Staat, dessen Bevölkerung aufbegehrt. Doch ich war nicht vorbereitet auf das, was es gerade in Caracas zu erleben gibt: Wie wenig das tägliche Leben von den Protesten betroffen und wie groß die Normalität ist, die in weiten Teilen der Stadt herrscht. Auch ich hatte mich von den Medienbildern blenden lassen.“ Und es seien nicht nur die Armen, „die nicht mitmachen. In Caracas liefern sich nur in einigen wenigen reichen Vierteln wie Altamira*

*Gruppen von Demonstranten nächtliche Schlachten mit den Sicherheitskräften und werfen Steine oder Brandbomben oder beides.“ („Der Gucci-Aufstand“, 23.4.14) Trotzdem stellt sich die Frage: Woher kommen dann die über 40 Toten und Hunderten von Verletzten, wenn die Aktionen der Opposition eher eine Randerscheinung sein sollen? Auch Dario Azzellini, der sich häufig in Venezuela aufhält, kommt zu der Einschätzung, die Unruhen seien im März zu „Aktionen von kleinen Gruppen geschrumpft“. Aber ihr Vorgehen entspräche „immer deutlicher den traditionellen CIA-Vorgaben für einen Zermürbungskrieg“. Hinter den Anschlägen und Angriffen sieht Azzellini drei verschiedene Organisationsmuster, „die alle denselben Destabilisierungsstrategien folgen“. Konkret sieht das dann so aus: „Gruppen von meist Jugendlichen bauen Barrikaden, versetzt mit Todesfallen aus Stacheldraht, greifen in Gruppen Ordnungskräfte und Institutionen mit Molotowcocktails an und attackieren jene Bewohner und Bewohnerinnen, die sich gegen die Aktionen aussprechen oder versuchen, Barrikaden abzubauen.“ Die Aktionen fänden fast ausschließlich in oppositionell regierten Bezirken mit Unterstützung der Bürgermeister statt. Des Weiteren seien „bezahlte kriminelle Banden“ im Spiel, die auch „für gezielte Morde an Aktivistinnen und Aktivisten“ in Armenviertel angeheuert würden. Als weitere Variante agierten „paramilitärische Zellen mit gut bewaffneten und auch ausgebildeten Kämpfern aus Venezuela, Kolumbien und anderen Ländern.“ (Portal amerika 21.de, 31.3.14) Diese Paramilitärs seien über Kolumbien in die venezolanischen Grenzgebiete eingedrungen, verfügten bereits über gesicherte Infrastruktur und Logistik. Die Paramilitärs hätten auch entscheidenden Anteil am Kokainhandel und am Schmuggel von Lebensmitteln und Benzin nach Kolumbien. Der venezolanische Journalist und Schriftsteller Ronaldo Munoz, der die Hauptursache der Probleme in Venezuela in der Wirtschaft sieht, konkretisiert die Auswirkungen des Schmuggels am Beispiel von Cucuta, einer kolumbianischen Grenzstadt zu Venezuela: „*Alles, was sich in Cucuta finden lässt, wurde in Venezuela hergestellt! Wir sprechen hier von einer Stadt mit mehr als 800 000 Einwohnern, die nahezu vollständig mit ausschließlich**

venezolanischen Produkten beliefert wird; es handelt sich hierbei nicht um fünf Packungen Milch oder Mehl. Ein beträchtlicher Teil der Lebensmittel unseres Volkes wandert dort einfach über die Grenze und die Konsequenzen sind zur Zeit in der erhöhten Spannung im Bundesstaat Tachira deutlich spürbar. Es ist kein Zufall, dass Tachira praktisch das Epizentrum der Unruhen ist, welche darauf abzielen, die Regierung zu stürzen.“ (Portal amerika 21.de, 17.2.14) Schmuggel und andere Formen der Wirtschaftskriminalität sind in der Größenordnung nicht ohne Beteiligung korrupter staatlicher Organe denkbar.

### Korruptionsgeflecht aus der Vergangenheit

Ist nun der Vorwurf, selbst in der regierenden Vereinigten Sozialistischen Partei (PSUV) sei die Korruption weit verbreitet, zutreffend?

Im Oktober 2013 wurde Edgardo Parra, der seit 2008 befindliche PSUV-Bürgermeister der drittgrößten Stadt Valencia, die im Norden Venezuelas liegt, wegen Korruption, Unterschlagung und Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet. In diesem Zusammenhang stellte man zahlreiche Fahrzeuge, Motorboote, eine Yacht und 14 Immobilienobjekte aus dem Besitz der Familie Parra sicher. Untersuchungen ergaben, dass Parras Sohn, der untertauchen konnte, 14 Scheinkooperativen und zwei Briefkastenfirmen gegründet und von städtischen Behörden große Geldsummen erhalten hatte. Die Spitze eines Eisbergs oder ein Einzelfall? Die Wahrheit dürfte dazwischen liegen. Andre Scheer zitiert in der jungen Welt vom 19.10.2013 zum Fall Parra den linken Wirtschaftswissenschaftler und Politanalysten Pedro Patino: „Zu glauben, dass die Familie Parra allein darin verstrickt war, wäre ein Irrtum. Die in alle Richtungen weisenden Tentakel reichen bis zu Industriellen, Zeitungen, Kliniken, Handwerkskammern, Vertragspartnern, der Kirche, Berufsverbänden usw. Dieses Korruptionsgeflecht stammt aus der Vergangenheit, Parra hatte jedoch nicht den politischen, ethischen und moralischen Willen, es aufzulösen, sondern hat es perfektioniert“ Keine Regierungspartei, auch keine linke, ist gegen Korruption gefeit. Geht sie

aber nicht konsequent dagegen vor, untergräbt sie das Vertrauen der Basis und entzieht sich damit die erforderliche Unterstützung. So kann es nicht überraschen, dass nach der Kommunalwahl im Dezember 2013 die Opposition neben den beiden größten Städten des Landes, Caracas und Maracaibo, nun auch in Valencia den Bürgermeister stellt. Der Verlust der Millionenstadt Valencia war für den Patriotischen Pol, dem linken Bündnis von PSUV, KP und anderen linken Parteien und Vereinigungen, sehr bitter. Allerdings konnte der Vorsprung des Pols gegenüber dem Wahlergebnis vom April 2013 landesweit von 220 000 auf 700 000 (nach anderen Quellen auf 900 000) ausgebaut werden. Mit der PSUV stützt sich Maduros Regierung auf eine Massenpartei von über 6 Millionen Mitgliedern. Sie



ist ideologisch sehr heterogen und in sich zerrissen. Ein Bündnis zwischen der städtischen Armut, der Arbeiterklasse und mehr oder weniger fortschrittlichen Teilen der Bourgeoisie, der sog. Bolibourgeoisie, einer neuen politischen Schicht aus Staatsbeamten und Kapitalisten, die über Geschäftsbeziehungen mit dem Staat von der politischen Konstellation des bolivarianischen Prozesses profitieren.

### Erhebliche Wirtschaftsprobleme

Zweifellos hat die Regierung von Nicolas Maduro ebenso wie die Vorgängerregierungen unter Chavez mit erheblichen Wirtschaftsproblemen zu kämpfen: Sabotage, Währungsspekulation, Versorgungsengpässe, massive Abhängigkeit von Lebensmittelimporten etc. Die Inflation ist 2013 auf 56 Prozent angestiegen. Devisen werden wesentlich durch Erdölexporte gewonnen. Es ist den fortschrittlichen Regierungen der letzten 15 Jahre trotz erheblicher Bemühungen nicht gelungen, die Exporte zu diversifizieren und dadurch die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern. Der Ölanteil an

den Deviseneinnahmen ist von 1999 bis 2012 sogar noch von 70 auf 95 Prozent gestiegen, was auf eine Verschärfung bei den strukturellen Defiziten hinweist. Im Unterschied aber zu den vorchavistischen Regierungen, die auch mit den negativen Auswirkungen einer Rentenökonomie konfrontiert waren, werden jetzt die aus Erdöl- und Erdgasexporten gewonnenen Deviseneinnahmen in erheblichen Teilen zugunsten der sozial benachteiligten Schichten verwendet. Nur so war es möglich, die Armutsquote von 43 (1999) auf 19 Prozent zu senken. Weil aber dadurch und wegen der rasch wachsenden Bevölkerung deutlich mehr Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln und Konsumgütern entstanden ist, können manche Engpässe in der Versorgung auch natürlich erklärt werden. In den 1980er und 1990er Jahren war die Versorgungslage weitaus dramatischer gewesen. Die Regierung befindet sich insofern in einer schwierigen Situation, weil sie einerseits gezielt Sozialtransfers an die unteren Klassen weitergeben muss und auch will. Andererseits fehlen dann diese Mittel, um produktive Investitionen zu forcieren und die Infrastruktur weiter auszubauen. Da die meisten Konsumgüter, Halbfabrikate und Investitionsgüter importiert werden müssen, machen der Regierung Währungsdiskrepanzen zu schaffen. Dieter Boris merkt dazu an: „Die vor einem Jahr vorgenommene Abwertung der venezolanischen Währung hat keine dauerhafte Verringerung dieser Diskrepanz gebracht.“ Der Devisenschwarzmarkt entwickelt sich in so raschem Tempo weiter, dass ihn die Regierung kaum noch unter Kontrolle bringt. Aber was tun? Boris sieht als dringende Maßnahme „die staatliche Devisenzuteilung für Importe wesentlich effizienter“ zu kontrollieren. Und um das sicherzustellen, müssten der gesamte Außenhandel und die Finanzinstitutionen „letztlich einer finanzstaatlichen Kontrolle“ unterstellt werden. Er sieht natürlich das Problem „der alten und neuen Bürokratien“, die bei einer Zentralisierung der Kontrolle nicht gerade mehr Effizienz erwarten lassen. Auch die Forderung nach stärkerer Einbeziehung der Basis, der Consejos Comunales und einer damit verbundenen Verschärfung des bolivarianischen Prozesses, die letztlich eine weitere Zuspitzung der Klassenauseinan-

dersetzungen bewirken würden, ist nachvollziehbar, könnte aber zu einer Aufspaltung des chavistischen Blocks führen. (D. Boris, „Die aktuelle venezolanische Krise“, *Sozialismus* 5/2014, S.3)

## Totgesagte leben länger

Manche linken Kritiker der venezolanischen Regierung wollen es genau wissen, warum es in Venezuela nicht ganz so läuft, wie „man“ es gerne hätte. Typisch ist die Äußerung eines Rico Rodrigues von der Gruppe Arbeitermacht, wenn es schreibt: „Die wirtschaftlichen Probleme Venezuelas resultieren letztlich daraus, dass Maduro wie sein Vorgänger Chavez die Grundlagen und Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie (Privateigentum, Marktbeziehungen) nicht zerstört und durch eine auf demokratischer Planung beruhende Gebrauchswertproduktion ersetzt hat.“ (Infomail, 1.4.14) Das ist natürlich nicht falsch, abstrahiert aber von den objektiven und subjektiven Bedingungen. Revolutionäre Prozesse entwickeln ihre Dynamik nicht nach Wunschvorgaben. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der frühsozialistischen Gesellschaften in Europa und Eurasien konnten die fortschrittlichen Kräfte in Lateinamerika nicht einfach auf ein Modell zurückgreifen und darauf aufbauen, das so kläglich gescheitert ist. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, den die boliviarische Bewegung nach eigenem Bekunden entwickeln will, ist ein Experiment mit offenem Ausgang. Das Zentrum ist Venezuela, deshalb werden die Auseinandersetzungen gerade in diesem Land so erbittert geführt. Wenig hilfreich sind da Äußerungen von Heinz Dieterich, der sich als Chavez-Berater einen Namen gemacht hat und als Erfinder des Begriffs *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* gelten will, in *Spiegel Online* vom März dieses Jahres. Im Interview, in dem er auch viel Vernünftiges von sich gibt, vergleicht er die Lage Venezuelas mit der in der Ukraine, will ebenso wie dort eine „katastrophale ökonomische Situation“ vorfinden und „die Unfähigkeit der Regierung, Reformen anzuschieben“, feststellen. Das gefällt den Leuten von *Spiegel Online*. Ein Linker (sogar ein 68er), der sich dermaßen abfällig über die fortschrittliche venezolanische Regie-

rung äußert! Damit ist ja auch eine Botschaft verbunden, die da heißt: Wieder ist ein linkes Gesellschaftsmodell gescheitert. Also geht es endlich auf und findet euch mit den realen (=neoliberalen) Verhältnissen des 21. Jahrhunderts ab. Gänzlich daneben lag der Professor mit seiner gewagten Prognose: „Er (Maduro) wird keine acht Wochen mehr an der Regierung sein und vermutlich durch ein Führungskollektiv ersetzt werden.“ Nun ja, die acht Wochen sind längst vorbei, Maduro ist immer noch Präsident, die Proteste sind zwischendurch abgeflaut. Entsprechend hat auch das Interesse der Medien nachgelassen. Es zeichnet sich aber eine neue Eskalationswelle ab. In der ersten Maiwoche wurde ein Polizist von Scharfschützen durch einen Kopfschuss gezielt ermordet. Das kennt man aus der Ukraine, wo die Putschregierung, im Unterschied zu Venezuela, wenig Bereitschaft zur Aufklärung derartiger Verbrechen zeigt. Inzwischen bestätigte der Bundesnachrichtendienst (BND) die Existenz von etwa 400 Söldnern einer privaten US-amerikanischen Sicherheitsfirma in der Ukraine. Sind Spezialisten dieser Sorte auch in Venezuela aktiv? General John Kelly, der Oberkommandierende des in Lateinamerika stationierten Südkommandos der US-Streitkräfte beklagt den schwindenden Einfluss der USA und sieht Handlungsbedarf. Aktueller Anlass ist die Entscheidung der ecuadorianischen Regierung, 20 (!) US-amerikanische Militärattaches, die sich zusammen mit 30 weiteren in der US-Botschaft in Quito herumtreiben, des Landes zu verweisen. Ecuadors Präsident Correa ist einer der engsten Verbündeten der venezolanischen Regierung. Für die US-Administration ist das ein und dieselbe Schublade. Washington und die Opposition in Venezuela haben das gleiche Ziel: Die chavistische Regierung in Caracas muss verschwinden. Geostrategisch ist diese Regierung für die US-Sicherheitsinteressen ein Störfaktor ersten Ranges. Auf die Staaten am Golf von Mexiko haben die USA seit jeher ein besonderes Augenmerk. Die antiimperialistische Politik Venezuelas stärkt die Position Kubas, eröffnet über ALBA und weitere Zusammenschlüsse neue Formen der Integrationspolitik. Diese Faktoren verschaffen der venezolanischen

Führung nicht nur bei den fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas Anerkennung. Nicht zu vergessen der Erdölreichtum, der dem Land einen größeren ökonomischen wie politischen Spielraum ermöglicht. Somit hat die boliviarische Regierung in der Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus weitaus günstigere Ausgangsbedingungen als etwa die sandinistische Regierung Nicaraguas in den achtziger Jahren. Doch unabhängig davon, ob die fortschrittliche boliviarische Bewegung bei den kommenden Wahlen die Mehrheit wie bisher sichern kann, machen die subalternen Klassen in Venezuela derzeit wichtige Erfahrungen. Ein Rollback der sozialen Errungenschaften wäre nur mit brutalen Repressionsmaßnahmen durchführbar und würde das Land in Lateinamerika völlig isolieren. Ein Zurück zu den Zeiten der Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre ist mehr als unwahrscheinlich und würde bei den meisten Staaten des Subkontinents auf erheblichen Widerstand stoßen. Hoffen wir, dass die gesellschaftlichen Veränderungen in Venezuela die Chance einer weiteren Vertiefung bekommen. Dieser Prozess erfordert Zeit und Geduld.

hd /Stand: 6.Juni 2014

Anzeige

## Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.  
2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



## Bericht von unserem Wochenendseminar in München

Die Zusammenarbeit mit der Gruppe International in Dorfen ist nun schon seit langem sehr fruchtbar. Eines der Resultate davon ist das seit vielen Jahren regelmäßig im Frühjahr stattfindende gemeinsame Seminar, das seit einiger Zeit in München stattfindet.

Seit ein paar Jahren besteht zu Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik engerer Kontakt. In der Vorbereitung für das heurige Seminar, das am 31. Mai und 1. Juni stattfand, stellte sich heraus, dass sich die „Arbeiterpolitik“ intensiv mit dem Machtpoker um die Ukraine befaßt hat und in ihrer letzten Nummer (Nr. 2, 55. Jahrgang) zu diesem Themenkomplex mehrere Artikel abgedruckt hat. Freundlicherweise erklärte sich der Verfasser bereit, uns mündlich einen Überblick über die dort abgehandelten Themenkom-

plexe zu geben. Dieser und die Artikel aus der Zeitung waren die Grundlage für die ausführliche Diskussion.

Sie war wenig kontrovers, lediglich die Akzentsetzung war bei manchen etwas anders. Die unterschiedliche Interessenlage von EU und USA wurde beleuchtet, die Bedeutung der Schwarzmeerflotte für Rußland, ebenso tieferliegende Wurzeln des Konflikts, wie etwa die Nationalitätenpolitik der SU, die Zusammenarbeit vieler Ukrainer mit den Nazis, die Staatsgründung in völkischer Tradition. Einigkeit herrschte in der Beurteilung, dass der Prozeß von außen gesteuert ist, hauptsächlich von den USA, weniger von der EU, von der einzelne Mitglieder ihre z.T. engen Handelsbeziehungen mit Rußland gefährdet sehen. Die 400 amerikanischen Kämpfer wurden angesprochen; ebenso aber auch, dass die Arbeiterklasse ursprünglich am Aufstand beteiligt war, dass eine ungeplante Eigendynamik eingetreten sei, dass jetzt eine Entstaatlichung stattfindet. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, eine wesentliche Ursache für das Vorgehen der USA sei ihr Bemühen, ihre (gefährdete) Vormachtstellung wieder zu festigen und auszubauen.

Als zweiten Themenbereich hatten wir uns für den Samstag das Geschehen in der Türkei vorgenommen. Einer Schilderung der jüngsten Ereignisse und dem Versuch, das Geschehen analytisch einzuordnen, folgten viel Nachfragen an den landeskundigen Referenten. Es stellte sich wieder einmal heraus, dass über dieses uns geografisch doch nicht so ferne Land viele Wissenslücken bestehen und so manches eines genaueren Auf den Grund-Gehens bedarf, damit man einen besseren Einblick in die Verhältnisse gewinnen kann, seien es die verschiedenen politischen Machtblöcke, die Arbeiter- oder die Gewerkschaftsbewegung.



Der Abend war dem gemütlichen Zusammensein vorbehalten, wie es schon zur schönen Tradition geworden ist. Die tagsüber behandelten Themen wurden weiter diskutiert, wie auch anderes aktuelles Geschehen, aber auch persönliche Gespräche kamen nicht zu kurz.

Am Sonntag hörten wir dann ein informatives Referat von der Gruppe International Dorfen zum Thema: Organisiert die Bourgeoisie einen „weichen Putsch“ in Venezuela? Die Problematik des dortigen Geschehens, nicht nur nach dem Tod von Chavez, sondern auch die Unzulänglichkeiten und oft fehlenden objektiven Möglichkeiten für eine reifere Bewegung in diesem Land kamen ausführlich zur Sprache. Was sich dort abspielt, hat große Auswirkungen nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent, sondern weit darüber hinaus, zumal bestehende Hoffnungen vielfach nicht eingehalten werden können und manche Illusionen zerstört werden!

Nach der eigentlichen Tagung traf sich noch der engere Kreis unserer Gruppe, um aktuelle Probleme zu besprechen.

Der Teilnehmerkreis der Tagung war im Vergleich zu den Vorjahren etwas kleiner. Neben drei Genossen der Gruppe International nahmen auch zwei von der Gruppe Arbeiterpolitik teil sowie ein Genosse aus Österreich. Wegen Erkrankung oder Abwesenheit aus verschiedensten Gründen war der Kreis zwar kleiner; das tat der Qualität sowohl der Tagungsbeiträge als auch der sich jeweils anschließenden Diskussionen aber keinen Abbruch! Man kann sogar sagen: Trotz der geringen Unterschiede in der politischen Einschätzung der behandelten Themen war die Diskussion sehr rege und fand auf hohem Niveau statt, sie war solidarisch und sachlich.

Die Tagungsbeiträge werden, wie immer, in dieser Nummer der Arbeiterstimme abgedruckt.

Anzeige

August Thalheimer

### Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,  
DIN-A5  
80 Seiten, 6,- €  
Herausgegeben  
von Heiner  
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

#### Bestellungen an:

T. Gradl,  
Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org

# Besiegte Sieger

An der Oberfläche der tschechischen Innenpolitik – eine Ausnahme sind nur die üblichen Scharmützel zwischen Regierung und Opposition – ist es in den letzten Wochen sehr ruhig gewesen. Die drei Parteien, welche die Regierung bilden, nachdem sie die Parlamentswahlen gewonnen hatten, streiten natürlich unter sich unter den wachsamen Augen der Medien, doch Skandale, über die berichtet wird, stammen aus der Vergangenheit und betreffen die heute Regierenden nicht. Diese Ruhe wurde plötzlich – plötzlich, obwohl das Datum schon lange bekannt war – durch die Wahlen ins Europaparlament unterbrochen.

Für die tschechische Öffentlichkeit ist „Brüssel“ nicht nur geographisch, sondern besonders auch politisch zu weit weg, um allzu interessant zu sein. Man erfährt über die Milliarden, die „man“ von der EU erhält – wobei die Medien mehr über die oft damit verbundenen Korruptionsskandale berichten als über das Europäische Parlament. Doch es gab – und es gibt sie auch heute nicht – keine regelmässige Berichterstattung, weder aus Brüssel noch aus Strassburg. Die tschechischen Europa-Abgeordneten treffen sich – vielleicht – mit der Spitze ihrer Parteien in Prag, doch die Öffentlichkeit erfährt nicht einmal, ob es tatsächlich dazu kommt. Nie habe ich gehört oder gelesen, dass diese Abgeordneten ein breiteres Publikum über ihre Tätigkeit bzw. das Geschehen in Brüssel unterrichtet hätten. Kurz gesagt, es gibt keine politische Verbindung zwischen den Bürgern, die Abgeordnete für das europäische Parlament wählen, und den EU-Institutionen. Kein Wunder also, dass bei der Europa-Wahl, die in Tschechien am 23. und 24. Mai stattfand, die Wahlbeteiligung ganze 18% betrug (unterboten nur noch von der Slowakei, wo sie bei 13% lag).

Es gab überraschende Ergebnisse. Drei Parteien werden ins Europa-Parlament je vier Abgeordnete entsenden: die ANO genannte Partei des Milliardärs Babiš, die Sozialdemokraten sowie die TOP 09-Partei (geführt vom „Fürsten“ Schwarzenberg). Die ANO-Partei trat zu dieser Wahl das

erste Mal an, da sie erst drei Jahre „alt“ ist, in diesem Sinne war es tatsächlich ein Erfolg. Die Sozialdemokraten verloren – verglichen mit der Wahl vor fünf Jahren – drei Sitze (und scheinen auch in dieser Hinsicht sich auf einer absteigenden Linie zu befinden, wie es alle Umfragen in den letzten Monaten immer wieder beharrlich zeigen.) Das Land hat 21 Europa-Abgeordnete; ausser den erwähnten 12 sind noch drei Kommunisten, zwei Christdemokraten, zwei ODS-Parteimänner sowie ein Vertreter der Anti-EU Partei, genannt Freie Bürger-Partei, gewählt worden. (Die ODS, einst von Václav Klaus gegründet, jetzt nach dem Fall ihrer Regierung im Vorjahr fast am Abgrund, verlor sieben Sitze und hat nun nur noch zwei statt vorher neun.)

Die Gleichgültigkeit der tschechischen Wählerschaft „Europa“ gegenüber ist zwar ein Warnzeichen sowohl für die Parteien als auch für die tschechische Politik allgemein. Und obwohl von den Medien angefacht, gibt es kein Zeichen, dass die Öffentlichkeit sehr interessiert an der Frage wäre, welche Partei „ihren“ Eurokommissar in Brüssel ernennen würde – auch deshalb, weil ja nur die Regierung einen stellen darf (der übrigens auch Gefahr laufen könnte, abgelehnt zu werden). Die Parteien, die ihre Vertreter in Brüssel haben werden, könnten deshalb – obwohl sie die Wahl „gewonnen“ haben – eigentlich als von der Gleichgültigkeit besiegt gelten.

Denn die Rückseite dieser politischen Münze ist die Lebenslage von Hunderttausenden der Bürger. Die Armutsschwelle – im monatlichen Einkommen ausgedrückt – ist 9.674 Kč (tschechische Kronen – 27,50 Kronen sind 1 Euro wert). Weniger als diese Summe haben im Vorjahr 885.900 Bürger verdient – fast 9% der Bevölkerung. (Nach Angaben des Tschechischen Statistischen Amtes hat sich diese Zahl im Laufe eines Jahres um ganze 104.400 verringert, hauptsächlich durch steigende Löhne der Ärmsten.) 44,5% der Arbeitslosen sind von Armut – im amtlichen Sinne – bedroht, 4% sind auch tatsächlich arm. Das gilt

auch für 6,1% der Senioren – falls sie nicht im Arbeitsverhältnis stehen. In dieser Gruppe steigt die Armut. Die meisten von Armut bedrohten Menschen leben in Nordmähren und im Nordwesten von Böhmen.

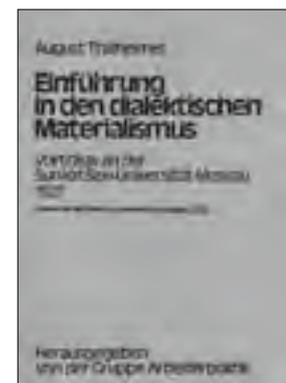
Während die Armutsrate, verglichen mit dem Vorjahr, gesunken ist, stieg der Anteil der Haushalte, deren Einkommen unter dem Lebensminimum liegt, von 3,8 auf 4,2%, unter den Arbeitslosen sogar auf 4,8%.

Es gibt keine Statistik, wieviele von den Arbeitslosen oder von jenen Bürgern, die von Armut bedroht oder bereits betroffen sind, nicht zur Europawahl gingen. Wir können jedoch verstehen, dass „Brüssel“ für sie zu weit entfernt liegt und ihre Lage nicht ändern wird. Die jetzige Regierung verspricht dies zum Teil – sie hat ja noch fast vier Jahre vor sich, um dies zu beweisen.

*Štěpán Steiger*

Anzeige

## August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

# Machtpoker um die Ukraine



dessen Unterzeichnung die Regierung Janukowitsch verweigert hatte, weckte vor allem im Westen der Ukraine die Hoffnung vieler Menschen, dass es nach Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs wieder aufwärts gehen würde. Es fiel auf, in welchem starkem Maße der Protest auf dem Maidan fast von Anfang an zentral gesteuert wurde – herausragendes Sinnbild dafür war die sündhaft teure Bühne mitsamt ihrer professionellen Beschallungsanlage. Aber ebenso stand dafür das Dreigestirn aus neofaschistischer Partei Swoboda („Freiheit“), der Vaterlands-Partei des Oligarchenklüngels um Julia Timoschenko und „Udar“-Partei von Witali Klitschko, die der CDU und der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament nahe steht. Deren Repräsentanten beherrschten in der internationalen öffentlichen Wahrnehmung die Bühne. Der Kontrast zu spontanen Volksaufständen, wie etwa in der „Arabellion“, konnte größer kaum sein.

Die Massenproteste hatten gleichwohl selbständige Wurzeln in der wirtschaftlichen Misere der Ukraine, in der Wut der Lohnabhängigen auf die Oligarchen, korrupte Politiker und schlechte Zukunftsaussichten. Die innere Spaltung der Ukraine zwischen einem eher agrarisch orientierten Westen und dem industrialisierten Donbass im Osten wird verstärkt durch die Erinnerungen an die Kriegszeit, wo im Westen die ukrainischen Partisanen auch gegen die prosovjetschen ostukrainischen Partisanen und die Sowjettruppen kämpften. Viele Westukrainer zeigen sich an der EU interessiert, von der sie sich eine Perspektive für ein besseres Leben erhoffen. Sie sahen im Assoziierungsabkommen mit der EU, das Ende November 2013 unterzeichnet werden sollte, eine Perspektive für ein besseres Leben<sup>1</sup>. Im Osten dagegen haben, so der FAZ-Korrespondent Konrad Schuller; „... Kiew die Leute hier nie vertraut und den Oligarchen wollen viele jetzt nicht mehr folgen – so bleibt als Fluchtpunkt nur Moskau. ‚Donbass-Rossija‘ ist des-

**D**er Konflikt um die Ukraine zwischen den EU-Staaten und den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite hat seine Wurzeln im Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der russische Präsidenten Wladimir Putin sah im Ende der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. In jedem Falle eröffnete der Kollaps des sozialistischen Lagers eine neue Runde des „Großen Spiels“ um Einflussphären zwischen den Weltmächten, wie wir sie seitdem erleben. Die deutsche Wiedervereinigung, die Zerschlagung Jugoslawiens in kleine Teilstaaten, die Integration des Baltikums und die geplante Ausweitung der Europäischen Union und der Nato bis hart an die Grenzen Russlands – all das bedeutet eine vollständige Revision der geopolitischen Konse-

quenzen des Zweiten Weltkriegs in Europa.

*Als der Genosse diesen Artikel schrieb, war noch nicht abzusehen, wohin sich die Ukraine entwickelt. Mittlerweile ist der Bürgerkrieg im vollen Gange, hunderte Menschen sind gestorben; wir finden es dennoch richtig und wichtig diesen Text zu veröffentlichen – die Ereignisse mögen sich überstürzen, die Feststellungen werden dadurch nicht falsch.*

Redaktion Arbeiterstimme

## Der Kiewer Maidan und „Donbass-Rossija“

Der Protest des Kiewer Maidan hatte von Anfang an eine klare Stoßrichtung – auf die Europäische Union hin. Das im Raum stehende Assoziierungsabkommen mit der EU,

<sup>1</sup>– Aus der Sicht der damaligen ukrainischen Regierungen standen EU-Assoziierung einerseits und Zollunion mit Russland andererseits alternativ zueinander. Der damalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Pawlo Klimkim, äußerte im Interview mit der Zeitschrift Wostok u. a.: „... es (gibt) diesen politischen Konsens (für das Assoziierungsabkommen). Und es gibt den Konsens der Geschäftswelt. Die großen ukrainischen Konzerne und Unternehmen sind auf die europäische Integration ausgerichtet... Mit diesem Konsens ist klar, dass es neben der europäischen Option keine weitere geben kann. Mitgliedschaft in zwei Organisationen – also sowohl Freihandelszone als auch Zollunion – geht begründeterweise nicht.“ (Wostok 3/2013 S. 16)

halb am Wochenende der Schlachtruf des Tages gewesen.“ (FAZ, 12.03.2014)

Die herrschenden Klassen der Ukraine konnten und können die Ressentiments in weiten Kreisen der Bevölkerung zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen. Allerdings hat sich gezeigt, dass es auch Risse im Block der Oligarchen gab und weiterhin gibt. Dabei ging es um die Profite aus dem Erdgasgeschäft mit Russland und aus den Weiterleitungsgebühren. Und heute sind die Oligarchen des Ostens in der Zwickmühle, dass sie eine Spaltung des Landes nicht wollen können, weil sie einerseits zu einer extremen Marktverengung für ihre Produkte führen würde und dass andererseits eine Integration in die EU die Industrie des Ostens mit ihrem geringen Innovationsniveau und mit Anpassungserfordernissen an die EU-Regeln und technischen Normen schnell überfordern könnte.

Hinzu kommt, dass sich in der prorussischen Bevölkerung des Ostens ein „lange unterdrückter Zorn“ gegen die postsowjetischen Multimillionäre, die Stahl- und Kohlebarone des Donezker Clans Luft macht. Die Oligarchen, die nun Miene machen, mit Kiew zusammen gehen zu wollen, werden nun verhasst. „Der lange eher diffuse Antiukrainismus des Ostens hat damit im neuen Hass gegen die milliardenschweren ‚Gangster‘ an der Spitze des Donezker Clans einen neuen Kristallisationspunkt gefunden. Beide Gefühle verstärken einander.“ (FAZ, 12.03.2014) Gleichwohl sind auch im Osten des Landes viele Menschen gegen eine Spaltung der Ukraine, weil sie wissen, dass dies ihre Lage eher verschlechtern als verbessern würde.

## Entwicklungsland Ukraine

Es sind offensichtlich nicht in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen, welche die EU dazu bewegen, um die Ukraine zu werben. Die Warenausfuhr aus dem gesamten EU-Raum belief sich 2012 auf gerade einmal 23,8 Mrd. Euro, die Einfuhr ukrainischer Waren in die EU im gleichen Zeitraum auf 14,6 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Russland lieferte 2013 Waren im Wert von rund 23 Mrd. USD in die Ukraine, davon mehr als die Hälfte des Warenwerts

Erdöl und Erdgas. Die Ukraine ist ein armes Land mit einem wachsenden negativen Außenhandelsaldo. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, das einen groben Vergleich der Arbeitsproduktivität in verschiedenen Ländern ermöglicht, lag 2013 (kaufkraftbereinigt) mit 7.400 USD weit unter dem von Polen (21.100 USD), Russland (18.100 USD) und sogar Rumänien (13.200 USD). Die Währungsreserven sanken zwischen Januar 2011 und Januar 2014 von 36,9 Mrd. USD auf 16,1 Mrd. USD. (FAZ-Sonntag, 02.03.2014)

Auch aus Sicht Russlands stehen sicherlich nicht ökonomische Erwägungen hinsichtlich der Ukraine-Politik im Vordergrund, auch wenn es aus den Zeiten der Sowjetunion wirtschaftliche Verschränkungen vor allem in der Rüstungsproduktion gibt. Dem BIP der Ukraine von 180 Mrd. USD stand 2013 ein BIP Russlands von 2.000 Mrd. USD gegenüber. Im selben Jahr betrug der Anteil des russischen Außenhandels mit der Ukraine gerade einmal sechs Prozent. Die ukrainische Ausfuhr nach Russland besteht überwiegend aus Metallen und Stahl, also Waren, mit denen Russland selbst gut versorgt ist, bzw.

wo es bereits Überkapazitäten hat. Demgegenüber ist die Ukraine von den Erdöl- und Gas-Lieferungen aus Russland existenziell abhängig. Hinzu kommt, dass die Ukraine bislang erhebliche Rabatte auf den Gaspreis erhielt, was u.a. für die Konkurrenzfähigkeit der dortigen Unternehmen von Bedeutung ist. Bislang erhielt sie je 1.000 Kubikmeter Erdgas für 269 USD, ab April 2014 wird sie nach Kündigung des Rabatts durch Gasprom 378 USD zu zahlen haben – das liegt aber immer noch unter dem Durchschnittspreis von zuletzt 383 USD für die zentral-europäische Kundschaft.

Auch den Bemühungen der westlichen Staaten, die Ukraine finanziell an sich zu binden und die Bindungen an Russland zu schwächen, sind Grenzen gesetzt: Zwei Mal wurden in den vergangenen Jahren Kreditzahlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingefroren, weil die Regierungen ihre Zusagen nicht einhielten: Das waren einmal Kredite über 16,4 Mrd. USD im Jahr 2008 an die Regierung von Premierministerin Julija Timoschenko und 2010 über 15,2 Mrd. USD unter Präsident Victor Janukowitsch. Die Regierung

## Sanktionen?

Es fällt schwer, sich vorzustellen, welche harten Sanktionsmöglichkeiten die USA oder die EU gegen Russland haben sollten. Die USA haben nur unbedeutenden Handel mit Russland, sind aber in der internationalen Politik immer wieder auf die russische Regierung angewiesen. Zur Zeit ist das im Syrien-Konflikt und im sogenannten Atomstreit mit Iran der Fall. Deutschland und seine östlichen EU-Partner sind in hohem Maße auf Erdgaslieferungen aus Russland angewiesen; zum Teil vollständig, die Ukraine und Deutschland um die fünfzig Prozent. Die deutschen Unternehmer gehören zu den Haupthandelspartnern Russlands, wie vorher schon der Sowjetunion. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft nennt 6.200 deutsche Firmen, die in Russland aktiv sind (zum Vergleich: in China etwa 5.000 deutsche Firmen) und dort 20 Milliarden Euro investiert haben, darunter die Ikonen der deutschen Industrie, wie Siemens, Daimler, VW und BASF. Der Warenverkehr zwischen Deutschland und Russland betrug 2013 etwa 76,5 Milliarden Euro, für den Maschinenbau ist Russland der viertwichtigste Exportmarkt. Zudem steht die deutsche Exportwirtschaft nicht konkurrenzlos da – China holt im Maschinenbau zügig auf und wäre wohl in der Lage, in die Bresche zu springen. Aber auch die französischen und italienischen Unternehmer würden unter scharfen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland leiden. Da die Rückeinverleibung der Krim ohnehin nicht zu verhindern ist und ein Wirtschaftskrieg anstelle einer militärischen Auseinandersetzung auch den Angreifer unabsehbar schädigen würde, wird es wohl eine Zeit lang bei lauter Diplomatie und eher symbolischen Aktionen bleiben, mit denen die westlichen Regierungen ihren Oppositionsparteien den Wind aus den Segeln nehmen und ihre demokratische Prinzipientreue unter Beweis stellen können.



Ukraine 2014, die Demokratie marschiert

gen hielten beidemal ihre Zusagen nicht ein, den Wechselkurs der Landeswährung Griwna freizugeben, Subventionen für den Gasverbrauch zu streichen und das Haushalts- und Handelsdefizit zu verringern. Ein Ende der Gassubventionen, die den Gaspreis auf etwa ein Fünftel des Einkaufspreises reduzieren, würde für die breite Bevölkerung wie auch für die Betriebe große Härten mit sich bringen. Kurz: Die Souveränität der Ukraine steht auf schwachen Füßen und es ist sehr wohl möglich, dass ein Übergang in die Abhängigkeit von IWF und EU-Geldgebern, wie im Falle Griechenlands, dem sprichwörtlichen Wechsel vom Regen in die Traufe gleich kommt.

### Die Zuspitzung des Konflikts auf die Krim

Es ist derzeit nicht absehbar, welche Kräfte innerhalb der Ukraine sich landesweit durchsetzen werden;

ob es zu einer Spaltung des Landes in einen östlichen und einen westlichen Teil kommen könnte, vielleicht in der Folge eines Bürgerkriegs. Das hängt nicht nur von den Ukrainern selbst ab, sondern auch vom Agieren der großen Mächte, der Nato-Staaten und Russlands. Deutlich sichtbar ist allerdings, welche Konsequenzen Moskau aus dieser unsicheren Situation gezogen hat:

1954 hatte der Oberste Sowjet die russische Krim der ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Die Gründe dafür waren innenpolitischer und verwaltungstechnischer Natur. Um das landwirtschaftliche Potential der Krim zu entwickeln, war es notwendig geworden, die unter Stalin vertriebenen Krimtataren zurück zu holen, die 1944 nach Zentralasien deportiert worden waren. Außerdem verliefen wichtige Verkehrswege und die Energieversorgung der Krim ohnehin über ukrainisches Gebiet. Folgen für die sowjetische Schwarzmeerflotte erga-

ben sich nicht. Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion konnte sich damals niemand vorstellen, weder im Westen noch im Osten.

Mit dem Jahr 1991 war eine andere Situation eingetreten. Russland konnte damit rechnen, die Ukraine, deren Wirtschaft nach wie vor eng mit der eigenen verflochten war, im eigenen Bündnisraum zu halten. Die erweiterte Ostausdehnung der EU war damals noch kein beherrschendes Thema der Weltpolitik. Als sich das nach der Jahrtausendwende änderte und insbesondere die polnischen Regierungen stets auf eine weitere Ausdehnung der EU in die Ukraine und Weißrussland pochten, beeinflussten sich äußerer Druck und innenpolitische Spannungen innerhalb der Ukraine gegenseitig und es entstand auch unter den Oligarchen ein eher EU-orientierter oder Russland-orientierter Flügel. Daraus folgte fast zwangsläufig eine Wiederbelebung von Ressentiments entlang sprachlicher bzw. ethnischer Linien, die von den politischen Kräften organisiert und ausgenutzt werden konnten.<sup>2</sup>

Die von der Regierung Putin getroffene Entscheidung, die Krim nach Russland zurück zu

2- Es gibt keine unstrittigen Angaben über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung auf der Krim. Die FAZ vom 03.03.2014 meldet: 58,5 Prozent Russen, 24,4 Prozent Ukrainer, 12,1 Prozent Krimtataren. »Nach einer Umfrage im Rahmen der Volkszählung 2001 zur Muttersprache: 77 Prozent Russisch, 11 Prozent Krimtatarisch, ca. 10 Prozent Ukrainisch. (Angaben strittig)«

holen, sichert die Basis der russischen Schwarzmeerflotte, ohne die Russland militärisch erheblich geschwächt wäre. Außerdem erlaubt sie günstigere Routenführungen für die geplanten Erdgas-Pipelines „*South Stream*“ und „*White Stream*“. Dass dieser Schritt, der von einer Mehrheit der Krim-Bewohner mitgetragen wird, rechtlich damit begründet wird, dass der Oberste Sowjet seinerzeit nach der Verfassung nicht berechtigt gewesen sei, die Unionsgrenzen neu zu ziehen, ist eher zweitrangig. Wichtiger ist, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, ohne einen Krieg zwischen Russland und der Nato auszulösen. Einerseits ist die Legitimation der aktuellen ukrainischen Regierung nach der Flucht des Staatschefs Janukowitsch nach Russland zweifelhaft, andererseits ist die Ukraine derzeit weder Mitglied der EU noch der Nato. Die tatsächlichen Reaktionen der US-Diplomatie und ihrer Verbündeter bestätigen die Annahme, dass sie diese Annektion wohl oder übel schließlich akzeptieren werden, dafür aber einen Preis verlangen, über den zur Zeit noch verhandelt wird. Viel wahrscheinlicher ist es zur Zeit, dass das Tempo für die Integration der Ukraine (ohne die Krim) in EU und Nato beschleunigt wird, und dass so von beiden Seiten Fakten geschaffen werden, die den neuen status quo zementieren. Die ukrainische, russische und krimtatarische Bevölkerung ist in diesem Konflikt nur Spielball der streitenden Fraktionen ihrer herrschenden Klassen, solange sie nicht für eigene gesellschaftliche Perspektiven kämpft.

### Zurück zum Kalten Krieg?

Niemand kann mit Gewissheit vorhersagen, ob sich nicht eine konfrontative Dynamik zwischen den Nato-Staaten unter Führung der USA und Russland entwickelt. Gegenwärtig sieht jedoch alles danach aus, als wären beide Seiten bemüht, den Konflikt einzuhegen. Moskau dadurch, dass es betont, die Einheit der Ukraine erhalten zu wollen; USA und EU, indem sie es vorerst bei eher symbolischen Sanktionen gegen Einzelpersonen und ein Han-

delsembargo gegen Produkte aus der Krim belassen. In dieses Bild passte sowohl Barack Obamas Auftreten beim Treffen der G 7-Gruppe und anschließend bei der Europäischen Kommission und der Nato in Brüssel, als auch der Besuch des Siemens-Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser bei Wladimir Putin am 26. März, wo er weitere Investitionen in Russland ankündigte. Allerdings sind Interessenunterschiede im westlichen Bündnis unübersehbar. Außenminister Steinmeier wies betont darauf hin, es sei ein Fehler gewesen, die Ukraine zu einer Entweder-Oder-Entscheidung hinsichtlich der EU und Russlands zu drängen und damit die innere Spaltung des Landes zu vertiefen. Polen und die baltischen Staaten, die sich in einer Pufferposition zwischen dem Nato-Lager und Moskau sehen, befürworten dagegen eine aggressivere Einkreisungspolitik gegen Russland, die den territorialen Bestand ihrer eigenen Staaten absichern soll.

In Obamas Augen ist Russland nur eine Regionalmacht. Das mag den Tatsachen entsprechen. Doch bleibt Moskau auf absehbare Zeit die einzige Militärmacht auf der Welt, die in der Lage ist, den USA in der nuklearen Rüstung einschließlich der Trägersysteme und maritim annähernd auf Augenhöhe zu begegnen. Zudem ist die russische Armee kriegserprobt. Beides lässt sich derzeit von keinem anderen Land sagen, auch von China nicht. Zweifellos zahlt Russland für seinen militärischen Status einen hohen ökonomischen Preis, weil es einen großen Anteil seines Bruttoinlandsprodukts für unproduktive Militärausgaben verwendet, die ihm dann für Infrastruktur und Sozialleistungen fehlen. Das beeinträchtigt seine wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig, wie es auch den Untergang der Sowjetunion mit bewirkte. Allerdings zeigt – nach der Georgien-Krise – nun auch die Ukraine-Krise, dass die USA und ihre Nato-Verbündeten durchaus eine Einkreisungspolitik betreiben, die schließlich, z.B. durch Stationierung von Raketen-Abwehrsystemen unmittelbar an den russischen Grenzen, die nukleare Zweitschlagfähigkeit Moskaus aushebeln, den Gegner also schwächen soll.

Konkurrenz ist das Lebensprinzip des Kapitalismus. Sie wird durch gemeinsame Teilinteressen und Diplomatie zeitweilig abgemildert. Die USA müssen Moskau an den Verhandlungstisch holen, wenn sie ihre Konflikte mit Iran, Afghanistan und Syrien bereinigen wollen. Handelspolitische Interessen verbinden sie mit Russland nicht. Umgekehrt will Russland nicht in eine Lage geraten, wo es für seine wirtschaftliche Entwicklung allein von Chinas gutem Willen abhängig wird; dafür braucht es den Zugang zu den Märkten und den Finanzsystemen des Westens, vor allem denen Europas. Diese Gesichtspunkte sprechen dafür, dass es nicht zu einer unkontrollierten Eskalation des Krim-Konflikts kommt. Was aber, wenn es innerhalb der Ukraine entlang ethnischer bzw. sprachlicher und regionaler Linien zu Konflikten bis hin zu Bürgerkrieg kommt? Kiew befindet sich am Rande eines Staatsbankrotts, die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung ist desolat; daran hat sich durch die sogenannte Übergangsregierung nichts geändert. Wirtschaftlich ist die Ukraine von ihrer Verbindung zu Russland abhängig, ihr gesamter Produktionsapparat ist nach wie vor nach Osten und nicht nach Westen ausgerichtet und sie bezieht fast alle ihre Energie aus russischen Quellen. Eine Konfrontationspolitik gleich welcher ukrainischen Regierung gegenüber Moskau würde die wirtschaftliche Krise der Ukraine verschärfen und damit zugleich die Gräben zwischen den Regionen und den Bevölkerungsgruppen vertiefen. Eine solche Entwicklung würde unweigerlich wieder zu neuerlichen Spannungen zwischen den internationalen Mächten führen, die bereits heute Beteiligte des Ukraine-Konflikts sind – eines Konflikts, der noch lange nicht gelöst, sondern erst einmal nur aufgeschoben ist.

Weder die Lohnabhängigen in der Ukraine noch die in Russland und Europa können ein Interesse daran haben, dass es zum Bürgerkrieg in der Ukraine oder zu weitergehenden militärischen Entwicklungen kommt. Allen Scharfmachern, die sich in diesem Konflikt politisch zu profilieren versuchen, müssen wir entgegentreten.

13. April. 2014

# Die Subventionierung der Ukraine durch Russland



Wenn eine Ehe geschieden wird, gibt es fast immer Streit. So auch, als die Ukraine und Russland nach dem gemeinsamen Zusammenleben in der Sowjetunion getrennte Wege gingen. Wie in einer Ehe wurden auch in der Sowjetunion die gegenseitigen Zuwendungen in Form von Lieferungen und Dienstleistungen zwischen den Republiken niemals in Form von Marktpreisen erfasst und waren deshalb völlig intransparent, als nach dem Zusammenbruch der SU 1991 die Beziehungen zwischen den nunmehr selbständigen Staaten Russland und Ukraine neu geregelt werden mussten. Da beide Staaten sich zur Marktwirtschaft bekannten, hätte man vermuten können, dass sich der gegenseitige Warenaustausch auf Grundlage der üblichen Weltmarktpreise vollziehen würde. Aus unterschiedlichen Gründen vermieden beide Staaten zunächst diesen radikalen Schnitt, weil der größte Teil der Betriebe darauf nicht vorbereitet war und ähnlich wie die Kombinate der DDR kollabiert wären.

Erstmals im März 2005 gab es die Ankündigung Russlands, die alten sowjetischen Handelsmuster aufgeben zu wollen, wonach die Preise

für beide Leistungen (Gaslieferungen und Transitgebühren) miteinander verrechnet wurden und häufig extrem vergünstigter, nicht marktorientierter Preispolitik unterlagen. Durch die russische Subventionierung war der Gaspreis in der Ukraine bisher deutlich niedriger als in Russland selbst. In vielen Bereichen, vor allem in der Metallindustrie, belieferte die Ukraine dadurch den russischen Markt zu Dumpingpreisen und übervorteilte so die russischen Produzenten.

Einen Teil ihres für 50 Dollar erworbenen Gases verkaufte die Ukraine für 260 Dollar zum Weltmarktpreis an Rumänien. **Gazprom subventionierte damals die ukrainische Wirtschaft mit jährlich ca. 4 Milliarden Dollar.**

Danach eskalierte zum ersten Mal der Streit zwischen der Ukraine und Russland.

Gazprom forderte für 2006, den ukrainischen Importpreis von 50 Dollar pro 1000 Kubikmeter auf mindestens 160 Dollar pro 1000 Kubikmeter zu erhöhen. Der europäische Importpreis für 2006 betrug 247 Dollar. Als die Verhandlungen scheiterten, stellte Gazprom vom 1. bis 3. Januar die Lieferungen an die Ukraine ein, speiste

allerdings das für den Transit nach Europa bestimmte Gas weiterhin in das ukrainische Leitungsnetz ein. Da die Ukraine einen Teil dieses Gases trotzdem zum Eigenbedarf entnahm, sank der Druck in den Transitleitungen, erhielten die ostmitteleuropäischen Staaten mehrere Tage reduzierte Gasmengen. Nach der Einigung zahlte die Ukraine 95 Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>. Für den Transit zahlte Russland der Ukraine 1,5 Milliarden Dollar Transitgebühren, ca. ein Drittel der Erdgasrechnung. Die Krise bewies nach Simon Pirani, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Oxford Institute for Energy Studies, dass Russland angesichts des Transitmonopols der Ukraine größte Schwierigkeiten hatte, den Gaspreis anzuheben, hingegen die Ukraine schnell bereit war, ihre Verpflichtungen aus dem Transitvertrag zu verletzen.

Westliche Politiker hingegen deuteten den Schritt politisch als Rache für die „Orangene Revolution“ in der Ukraine und überlegten seither Möglichkeiten, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern.

2009 wiederholte sich der Gasconflict. In 2008 schien das Verhandlungsklima erst entspannt und einer Vereinbarung nahe. Doch dann

kam die Wirtschaftskrise, die Russland und die Ukraine im November 2008 mit voller Wucht traf. Russland musste ein Drittel seiner Devisenreserven (ca. 600 Milliarden Dollar) aufwenden, um sich zu retten. Die Öleinnahmen Russlands fielen auf ein Viertel des Ausgangswertes, für das Jahr 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 10 Prozent. Die Ukraine traf die Krise noch schwerer. Das BIP schrumpfte um 15 Prozent. Der IWF musste mit einem Notkredit von 16 Milliarden Dollar einspringen. Als die Verhandlungen über den Gaspreis scheiterten, stellte Moskau die Belieferung ein. Die Ukraine bediente sich aus den Erdgasspeichern. 16 EU-Staaten sowie Moldova erhielten reduzierte Gasmengen oder wurden gar nicht beliefert. Erst nach 19 Tagen endete unter Vermittlung der EU der Streit. Fortan sollte der ukrainische Importpreis (vergleichbar den europäischen Verträgen) an den Ölpreis gekoppelt sein. Darüber hinaus sah der Vertrag für die Ukraine schwere Konventionalstrafen vor, sollte die Ukraine ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Doch im November 2009 verzichtete Russland aus Kulanz auf die Konventionalstrafe. Die Ukraine wollte einer Gaspreiserhöhung nur zustimmen, wenn Gazprom auch mehr für den Transit an Naftogas (der ukrainische Pipelinebetreiber) zahlt. Während westeuropäische Abnehmer 450 Dollar (2008 waren es 368 Dollar) je 1000 Kubikmeter zahlen, hat die Ukraine zuletzt nur 179,5 Dollar (2008!) gezahlt. Für 2009 drohte Gazprom mit europäischem Preisniveau, bot als Vorzugspreis aber 250 Dollar, was die Ukraine ablehnte.

Unabhängig davon, ob es die Timoschenko-Regierung oder die Regierung von Janukovic war, das Geschehen um die Rabatte beim Gas prägt seit zehn Jahren die Beziehung zwischen Russland und der Ukraine. Im Oktober 2013 gab Gazprom-Chef Alexin Miller dazu ein Interview bei *Russland Aktuell*: „Wir sind äußerst besorgt wegen der nun entstandenen Lage rund um die Bezahlung der russischen Gaslieferungen durch die Ukraine“. In einer vom Konzern verbreiteten Stellungnahme teilte Miller mit, dass Kiew Gazprom 882 Mio. USD schuldig geblieben sei. Die Summe sei bereits im August fällig gewesen und bis zum 1. Oktober

gestundet worden. „Der Oktober neigt sich dem Ende entgegen, die Rechnung ist aber immer noch nicht bezahlt“, klagte der Top Manager. Er verwies darauf, dass Gazprom Kiew zuletzt in vielen Fragen entgegen gekommen sei.

Der Konzern habe seinerseits bis Januar 2015 den Transit von Gas durch die Ukraine schon im Voraus bezahlt. Zugleich seien dem Nachbarland fünf Milliarden Kubikmeter Gas zu einem Rabattpreis von 269 USD pro 1.000 Kubikmeter (normalerweise zahlt Kiew derzeit 410 USD) verkauft worden, damit es seine Speicher für den Winter auffüllen könnte. Das entspräche einem Rabatt von einer halben Milliarde USD, zählte Miller auf.

Doch nun war Moskau offenbar mit seiner Geduld am Ende. Nach dem wiederholten Vertragsbruch bestehende Gazprom auf einer Vorauszahlung für künftige Gaslieferungen, sagte Miller.

Premier Dmitri Medwedew unterstützte den russischen Energieriesen in seinen Bemühungen. „Das ist der einzige Ausweg. Denn unsere Kollegen sehen offenbar keine großen Probleme darin und haben nicht vor, zu bezahlen. Das bedeutet, dass wir auf Vorkasse umstellen werden“, sagte Medwedew. In die gleiche Richtung argumentierte auch Kremlsprecher Dmitri Peskow, der sagte, Gazprom habe lange genug Geduld bewiesen (aus *Russland-News* vom 30.10.2013).

Der ehemalige ukrainische Premierminister Nikolai Asarow bestätigte, dass Kiew im Rückstand mit den Zahlungen sei. Er nannte die Probleme aber „nicht kritisch“. Im ukrainischen Energieministerium werden die Zahlungsschwierigkeiten des Importeurs Naftogas damit erklärt, dass dessen Abnehmer, größtenteils Wärmeversorger, ihre Schulden gegenüber Naftogas bisher nicht bezahlt hätten.

Freilich ist das nur die halbe Wahrheit, denn die Wärmeversorger wiederum hängen von Subventionen der Regierung ab, die bislang ausgeblieben sind. Hier muss hinzugefügt werden, dass die Verbraucher tatsächlich nur ca. 20 Prozent der Heizkosten zahlen. Eine Erhöhung der Preise ist in der Ukraine schwer möglich, weil einerseits viele Einwohner nicht in der Lage sind höhere Preise zu zahlen, andererseits viele Bürger eine warme Wohnung noch aufgrund ihrer Erfahrungen aus Sowjetzeiten als eine Art einklagbares Grundrecht betrachten.

Die finanziellen Probleme der Ukraine sind seit langem bekannt. Sie wurden nun verschärft, da das Land mit der Rückzahlung der IWF-Kredite beginnen musste. Ausgerechnet ab November 2013 wurde eine erste Tranche in Höhe von gut 640 Mio. USD fällig.

Das war die Situation, als die EU Janukovic Ende November in Vilnius das Assoziierungsabkommen zur Unterschrift vorlegte, das der Ukraine aber keinerlei Hilfe zur Lösung seiner Finanzprobleme eröffnete, so dass Janukovic das tat, was für die Interessen der Ukraine naheliegender war: der eurasischen Zollunion beizutreten. Damit verbunden war die Übernahme von ukrainischen Schulden durch Russland und wiederum – wie sollte es auch anders sein – die Subventionierung der Gasimporte.

Nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den russlandfeindlichen „revolutionären Maidan“ änderte sich für Russland die Geschäftsgrundlage. Es gab keinen Grund mehr den politischen Gegner zu subventionieren. So kündigten Vertreter von Gazprom am 4. März 2014 an, den 30-prozentigen Rabatt auf Gasimporte ab 1. April zu canceln, was den deutschen Vorsitzenden des Europaparlaments Schulz zur Aussage veranlasste, der „Monopolist Gazprom“ erpresse die Ukraine mit überhöhten Preisen.

Schulz forderte die EU-Kommission zudem auf, ein bereits geplantes Kartellverfahren gegen den russischen Energieriesen Gazprom nun zügig vorantreiben. So kann man die Tatsachen uminterpretieren!

## Soziale Perspektiven für die ukrainischen Einwohner

Nach der Zusage des amerikanischen Außenministers wird die ukrainische Regierung eine Mrd. Dollar Soforthilfe erhalten. Die EU stellt weitere 11 Mrd Euro an Finanzhilfe in Aussicht. Die Bedingungen, die damit verknüpft sind, sind noch nicht klar, aber sie werden mit Sicherheit für die Bevölkerung schmerzhaft werden. Ein Teil des zur Verfügung gestellten Geldes soll dafür sorgen, dass kurzfristig die Zahlungsverpflichtungen der Ukraine eingelöst werden, d.h. die Schulden an Gazprom bedient werden und die Staatspleite verhindert werden soll.

Mittelfristig werden sich die westlichen „Hilfen“ zum sozialen Bumerang für die Menschen in der Ukraine erweisen. Ein Blick auf die soziale Lage der Bevölkerung in Griechenland genügt, um zu erahnen, was auf die Bevölkerung der Ukraine zukommen wird.

Mit Blick auf die Austeritätsprogramme erklärt der vom Westen ins Amt gebrachte Jatsenjuk: „Ich werde der unbeliebteste Ministerpräsident in der Geschichte der Ukraine sein“.

Während dem Land – abgesehen von den aktuellen Spannungen mit Russland – womöglich neue soziale Unruhen bevorstehen, bestätigt sich, dass ein zentrales Ziel der jüngsten Proteste nicht erreicht worden ist: die Herrschaft der Oligarchen abzuschütteln. Mit den Favoriten des Westens ist zugleich eine andere Kombination der in der Bevölkerung verhassten Milliardäre an die Macht gekommen. Wichtigster Unterschied zur vorherigen Regierung ist, dass jetzt Faschisten Ministerposten innehaben.

### Nach griechischem Modell

Bereits kurz nach dem Umsturz in Kiew hatten Experten sich äußerst kritisch über die absehbare ökonomische Entwicklung der Ukraine geäußert. Der ehemalige Banker Arsenij Jatsenjuk sei „die Art von Technokrat, die man will, wenn man Austerität – übertüncht mit Professionalität – möchte“, hatte der Ökonom Vladimir Signorelli (Bretton Woods Research LLC) in dem US-Magazin *Forbes* erläutert: „So jemand wie Mario Monti: nicht gewählt und bereit zu tun, was der IWF wünscht.“ In Umfragen habe Jatsenjuk zuletzt hinter Witali Klitschko und sogar hinter Oleh Tiahnybok rangiert; das habe jedoch bei seiner Inthronisierung zum neuen Ministerpräsidenten keinerlei Rolle gespielt. Jatsenjuk habe sofort angekündigt, der Ukraine eine Austeritätspolitik „nach griechischem Modell“ aufzuzwingen – in vollem Bewusstsein der sozialen Folgen für die Bevölkerung (aus *german-foreign-policy* 4.3.2014).

### Unpopuläre Maßnahmen

Vor dem Eintreffen einer IWF-Delegation, die am 6. März in Kiew die Verhandlungen aufnahm, hat Jatsenjuk nun erste Angaben über seine Aus-

teritätsprogramme gemacht. Jatsenjuk müsse „die IWF-Vertreter (...) von seinen guten Absichten (...) überzeugen“, hatten Kommentatoren geurteilt: „Er muss glaubhaft vermitteln, dass vor den Präsidentschaftswahlen im Mai auch unpopuläre Maßnahmen umgesetzt werden“. Dem hat Jatsenjuk jetzt entsprochen und explizit angekündigt, die Staatsausgaben um 14 bis 16 Prozent zu kürzen. Schon lange ist klar, dass es zur Erlangung eines IWF-Kredits – anders als für russische Darlehen – zum Beispiel erforderlich sein wird, die Erdgas-Subventionen zu streichen. Die unter westlicher Hegemonie bevorstehenden Austeritäts-Programme „wären ebenso schlecht für die Bevölkerung der Ukraine, die schmerzliche Maßnahmen schultern müsste, wie auch für das politische Schicksal derer, die Ende Mai als Präsidentschaftskandidat ins Rennen ziehen“, wird Andrew Weiss, Vizepräsident des Washingtoner Carnegie Endowment und ehemaliger Ukraine-Spezialist des Nationalen Sicherheitsrates der USA, zitiert (*german foreign policy* 4.3.2014).

In der Ukraine, die nach ihrer pro-westlichen Wende vor einem Austeritätsdiktat à la Griechenland steht, herrscht bereits jetzt große Armut. Das Durchschnittseinkommen wird offiziell mit weniger als 230 Euro im Monat angegeben. Beobachter weisen darauf hin, dass in diesem Wert auch die Einkünfte der Oligarchen und einer dünnen, ungemein wohlhabenden Oberschicht einfließen; faktisch liege das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung jenseits der wenigen Superreichen wohl eher bei 150 Euro im Monat. Eine Krankenschwester etwa kann mit einem Lohn von rund 110 Euro im Monat rechnen. Dramatisch ist vor allem die Lage der ukrainischen Rentner: Die Mindestrente, über die gut 80 Prozent von ihnen nicht hinauskommen, liegt bei rund 80 Euro im Monat. Davon muss auch Erdgas zum Heizen und Kochen bezahlt werden; bei der bevorstehenden Streichung der Subventionen gemäß den westlichen Forderungen wird das für viele nicht mehr möglich sein.

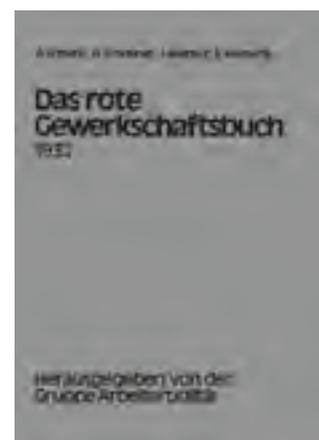
Angesichts dieser Entwicklung wird es mit großer Wahrscheinlichkeit erneut soziale Unruhen und Proteste geben. Da auch in der Ukraine die kommunistische Partei mit ihrer Abhängigkeit von der russischen Au-

ßenpolitik und ihrer Unterstützung von Janukovic abgewirtschaftet hat und eine unabhängige linke Kraft noch nicht absehbar ist, besteht die Gefahr, dass verstärkt „nationalrevolutionäre“ faschistische Kräfte an Einfluss gewinnen, weil ein antikapitalistischer Ausweg zur Zeit noch fehlt. Entscheidend für die weitere politische Entwicklung in der Ukraine wird es sein, wie die arbeitende Bevölkerung in die zukünftigen Auseinandersetzungen eingreift. Wird sie sich weiterhin aufsplitten und gegeneinander ausspielen lassen nach nationalistischen Zuordnungen oder wird sie ihre gemeinsamen Klasseninteressen in den Mittelpunkt stellen? Denn nur, wenn sich die breite, arbeitende Bevölkerung nicht abhängig macht von den jeweiligen Oligarchen und von den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands einerseits und des Westens andererseits und einen gemeinsamen Widerstand gegen die immer aggressiver werdenden kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse aufnimmt, ist ein Niedergang, der in Barbarei enden kann, zu vermeiden.

J.M., 6. März 2014

Anzeige

### Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.

Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

# Zur Rolle Faschistischer Organisationen um die Maidan-Ereignisse Faschisten in Kiew?



In der linken Szene hierzulande ist die Rolle faschistischer Organisationen, Einzelpersonen und Schlägerbanden auf dem Maidan in Kiew, die nahezu kriegsmäßig mit automatischen Waffen, Handgranaten, Schutzwesten etc. ausgerüstet sind, heiß umstritten. Die wenigen Linken, die es anfangs unter der politisch breit gestreuten Masse der Demonstranten gegeben habe, seien von den Schlägertrupps der Rechten „regelmäßig vom zentralen Protestplatz, dem Maidan in Kiew, weggeprügelt“ (*junge Welt* vom 5.2.2014) worden. Damit habe eine Entwicklung auf dem Maidan stattgefunden, in der die nationalen und extremen Rechten zunächst geduldet wurden, um alle Kräfte auf den gemeinsamen Gegner zusammenfassen zu können, und sie seien dann „von extremen Außenseitern zu einem gesellschaftlich breit akzeptierten Faktor“ geworden, hätten schließlich sogar „die politische Dominanz gewonnen“ (*junge Welt* vom 10.3.2014).

Die Gründe für diesen jedenfalls starken Anteil ultranationalistischer und faschistischer Kräfte sind vielschichtig. Zum einen sind sie tief verwurzelt in der Geschichte dieses Landes Ukraine an einem Schnittpunkt europäischer Großmachtinteressen. Des Weiteren geht es um das Verhältnis innerer Faktoren und äußerer Einmischung in der Auseinandersetzung um den Weg aus der tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Drittens handelt

es sich um unterschiedliche, sich phasenweise verschiebende Kräfteverhältnisse im konkreten Verlauf der Ereignisse am Kiewer Maidan. Daraus ergibt sich viertens die Frage nach der Bedeutung dieser Kräfte für den weiteren Weg der ukrainischen Gesellschaft, ihrer politischen Organisationen und insbesondere den Folgen für die klassenbewussten Linken und GewerkschafterInnen, die derzeit massiv unter der Verfolgung durch faschistische Terrorbanden zu leiden haben.

## Der Nazi-Kollaborateur: Stepan Bandera

Russischerseits wird die Ukraine gerne als „historisches Kernland“ reklamiert (Warägerreich, Kiewer Rus) und spielt als Mythos eine ähnliche Rolle wie die Provinz Kosovo für Serbien. Die Katastrophe des Mittelalters war der „Mongolensturm“ im 13. Jahrhundert, dessen – wirkliche und angebliche – Nachwirkungen bis heute als Vorwand herhalten, den Russen und ihren „Brudervölkern“ gesellschaftliche Rückständigkeit anzudichten. Im Spätmittelalter geriet der Westteil des Landes in den Herrschaftsbereich des polnisch-litauischen Großreiches, der Osten (ab Kiew) blieb russisch. In der ersten polnischen Teilung (1772) wurde die russische Grenze weiter nach Westen vorgeschoben, doch die Gebiete

Galizien und Bukowina (bis Lemberg -Lwiw- und Czernowitz) fielen unter österreichisch-habsburgische Herrschaft.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges entstand unter dem Druck der deutschen Militärbesatzung eine von Russland getrennte ukrainische Staatlichkeit, deren „Unabhängigkeit“ die Bolschewiki im Vertrag von Brest-Litowsk (3. 03. 1918) anerkennen mussten. Im Ergebnis des anschließenden Bürgerkrieges (Skoropadski, Petljura auf bürgerlicher und deutschfreundlicher Seite, Machno-Bewegung und Bolschewiki auf der anderen Seite, meist und zuletzt aber gegeneinander) wurde die Ukraine als Sowjetrepublik konstituiert. Die Aggression des polnischen Militärdiktators Pilsudski mit französischer Unterstützung führte aber dazu, dass die Teile, die früher unter habsburgischer Herrschaft gestanden hatten, in der Zwischenkriegszeit staatlich zu Polen gehörten.

Die politische Tätigkeit von Stepan Bandera spielte sich in diesem Teil des Landes ab. Er gehörte der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) an. Diesen Gruppen ging es darum, die Unabhängigkeit der Westukraine von Polen zu erkämpfen, zu diesem Zweck

Anzeige

## Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920  
Bremen 1980, 65 Seiten,  
Broschur. 1,50 €.

den polnischen Staat zu destabilisieren und vor allem mit Deutschland, schließlich dem „Dritten Reich“, zusammenzuarbeiten. Dass die deutschen Nazis nicht daran dachten, nationalukrainische Träume vom eigenen Staat zu erfüllen, ergibt sich von selbst aus deren rassistischer Verachtung für die „Ostvölker“. Dennoch spielten Bandera und die OUN bereitwillig deren Handlager beim Kampf gegen die Sowjetunion und beim Massenmord an der jüdischen Bevölkerung des Landes. Die Beteiligung ukrainischer Nationalisten und Faschisten an Krieg und Partisanenkrieg im Zweiten Weltkrieg und bis in die 1950er Jahre hinein war außerordentlich hoch.

Nach Kriegsende floh Bandera in den Westen und wurde 1959 von KGB-Agenten in München getötet. Seine Nachwirkung in der Westukraine ist enorm. *„Vor allem im Westen der Ukraine wird Bandera heute von breiteren Bevölkerungsschichten als Nationalheld verehrt, dort gibt es auch zahlreiche Museen und zum Teil monumentale Denkmale zu seinen Ehren. Die in der Westukraine starke nationalistische Partei ‚Swoboda‘ beruft sich ebenfalls auf Bandera. Die Anhänger des Fußballvereins Karpaty Lwiw zeigen bei Heimspielen ihres Vereins regelmäßig große Transparente mit seinem Konterfei. In der Ostukraine, aber auch in Polen und Israel gilt Bandera hingegen überwiegend als Verbrecher und Nazi-Kollaborateur.“* (Quelle: Wikipedia).

Die Partei wurde im Jahr 1991 gegründet. Sie ging aus einer Vereini-

gung von studentischen Verbindungen, lokalen nationalukrainischen Verbänden und Afghanistan-Veteranen hervor. Bis Februar 2004 nannte sie sich *„Sozial-Nationale Partei der Ukraine“*. Um politisch hoffähiger zu werden, nahm sie dann den Namen Swoboda (Freiheit) an, angelehnt an die österreichische rechtspopulistische FPÖ. Sie hat einen Beobachterstatus in der Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen, zu der auch die ungarische Jobbik und die British National Party gehören.

In ihrem Programm beruft Swoboda sich auf die OUN, verehrt Bandera als Nationalhelden und bezeichnet ihre Ideologie als *„Sozialnationalismus“*. Sie fordert die Eintragung der *„ethnischen Zugehörigkeit“* in die Personalpapiere, eine konsequente Politik *„Ukraine den Ukrainern“*, Verbot der russischen Sprache, ferner eine Verschärfung der Einwanderungspolitik und die Verfolgung von Drogenkonsum und *„sexuellen Perversionen“*. Selbst die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU ist der Ansicht, dass der Parteivorsitzende Tjahnybok *„antisemitische Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und ukrainischen Isolationismus“* propagiere. Dies wird in solchen Kreisen freilich als Hindernis für eine angestrebte Westbindung der Ukraine angesehen, weil es nicht zum offiziellen Selbstverständnis der EU passt.

Zur landesweiten Bedeutung lassen sich Wahlergebnisse heranziehen: *„Die Partei trat zu den Parlamentswahlen 2006 und 2007 an, verfehlte mit landesweit 0,36 bzw. 0,76 Prozent jedoch klar die für einen Parlamentssitz notwendige Stimmenzahl. Die höchsten Stimmenanteile erlangte die Partei stets in der Westukraine, vor allem in Ost-Galizien. (...) Bei der Präsidentschaftswahl 2010 erreichte der Parteivorsitzende Tjahnybok einen Stimmenanteil von 1,43 Prozent. Bei der Parlamentswahl 2012 erreichte die Partei mit 10,4 Prozent der Wählerstimmen ein überraschend hohes Resultat. Damit zog sie mit 37 Mandaten erstmals in die Werchowna Rada ein.“* (Quelle: Wikipedia).

### Prawyi Sektor (Rechter Sektor)

Der Prawyi Sektor war eine der treibenden Kräfte am Kiewer Maidan

und hatte in der Wende des 22. Februar wohl die entscheidende Schlüsselrolle. *„Der Rechte Sektor war aus meiner Sicht entscheidend für den Umsturz, weil er eine Organisation ist, die auch bereit war, in Kampfhandlungen mit den Polizisten, mit den Sicherheitskräften einzutreten. Sie waren gut organisiert, sie hatten auch immer wieder einen Plan, wie sie angriffen, wie sie sich verteidigten, so dass sie einen großen Anteil am Erfolg des Maidans gehabt haben“*, so Alexander Rahr von der *„Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“* in der Sendung *„Panorama“* vom 6.3.2014. Nach eigenen Angaben rechnen sich derzeit etwa 10.000 Menschen in der gesamten Ukraine dem Prawyj Sektor zu, die genaue Anzahl der in ihren Händen befindlichen Waffen ist unbekannt.

Prawyi Sektor ist ein Zusammenschluss aus mehreren nationalistischen und rechtsextremen Splittergruppen. Er trat erstmals im November 2013 in Erscheinung. Er bezeichnet sich als *„Selbstverteidigungssystem des Maidan“*, was offensichtlich wörtlich zu nehmen ist, und organisiert den harten Kern der militanten Protestierer und paramilitärischen, mit Schusswaffen ausgestatteten Gruppen im zentralen Demonstrationsbereich. Aktivisten des Rechten Sektors scheuten sich auch nicht, bewaffnet in lokalen Parlamenten und in der Obersten Rada in Kiew aufzutreten und die Abgeordneten einzuschüchtern.

Das politische Ziel der Organisation ist die *„nationale Revolution“* in der Ukraine und die Befreiung von allen verbliebenen Resten des *„sowjetischen Machtapparats“*. Sie ist gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU, weil diese ein *„Unterdrücker der europäischen Nationen“* sei. Liberalismus und bürgerliche Demokratie lehnt der Rechte Sektor selbstverständlich ab. Am 7. März 2014 hat er angekündigt, sich in eine politische Partei umzuwandeln, sein Vorsitzender Dmytro Jarosch werde bei den Präsidentschaftswahlen antreten.

### Zum Verlauf der Ereignisse

Überwiegend sind die Ereignisse am Maidan als Aufstand der Mittelschichten gegen Staat und Großkapital zu verstehen, wie sie derzeit

Anzeige

### Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

– unter jeweils gegebenen Voraussetzungen – in vielen anderen Teilen der Welt (z.B. Ägypten, Thailand, Venezuela) ablaufen. Die Großkapitalisten sind hier die sogenannten Oligarchen, seit dem Ende der Sowjetunion Profiteure der Privatisierung insbesondere der Schwerindustrie im Osten, auch der kollektivierten Landwirtschaft im Westen, die zum Teil aus dem ehemaligen sowjetischen Staatsapparat kommen, auf jeden Fall die Umbruchzeit nutzen konnten, große Geschäfte zu machen, während die Wirtschaft allgemein im Lande darniederlag. Organisationen und sozialpolitische Forderungen der Arbeiterklasse waren dagegen auf dem Maidan nur marginal präsent, da offensichtlich die im Osten sehr starke Industriearbeiterschaft noch relativ erträgliche Lebensverhältnisse hat, verglichen mit der Armut im überwiegend agrarisch und kleingewerblich strukturierten Westen der Ukraine.

Anfänglich, also ab November 2013, entsprach die Protestszene am Kiewer Maidan wohl noch dem hierzulande gezeichneten Bild einer friedlichen Bürgerrechts- und Sozialbewegung, in der auch Linke und GewerkschafterInnen ihre Vorstellungen einbringen konnten. Mit zunehmender Härte des Janukowitsch-Regimes kippte die Stimmung und

veränderte sich die Zusammensetzung. Anders als 2004 (sogenannte „orangene Revolution“) gab es Tote. Entscheidend waren dann die Vorgänge vom 20. bis 22. Februar 2014. Zunächst hatten drei EU-Außenminister (Deutschland, Frankreich, Polen), ein Vertreter Russlands, das Janukowitsch-Regime und das Dreigestirn der gemäßigten Opposition (Jazenjuk, Klitschko, Tjahnybok) ein Agreement ausgehandelt, wie die Übertragung der Macht geregelt werden könnte. Am nächsten Tag war das schon Makulatur, weil die faschistischen Gruppen mit ihrer Machtdemonstration den sofortigen Wechsel erzwangen. Die unmittelbare außenpolitische Folge war die Annexion der Krim durch Russland und der Fortgang der Krise.

Bei alledem spielt die Einmischung von außen eine wichtige Rolle. Der in linken Zusammenhängen bis hin in bürgerlich-liberalen Kreisen erhobene Vorwurf, EU und Bundesregierung (auch die grüne Oppositionspartei) unterstützten eine in Kiew durch Putsch rechter und faschistischer Kräfte an die Macht gelangte, nicht durch Wahlen legitimierte Regierung, ist vollauf berechtigt (inzwischen wurde schon der politische Teil des von Janukowitsch auf Eis gelegten Assoziierungsabkommens unterzeichnet). Die hier geschilder-

ten inner-ukrainischen Faktoren sind jedoch entscheidend, weil diese Zuspitzung nicht erst von außen geschaffen wurde, sondern Folge der tiefgreifenden politischen und ökonomischen Krise war. Sie wurde als günstige Gelegenheit von USA und EU wahrgenommen, genutzt und dann auch verstärkt. Eine wirkliche Perspektive für die Bevölkerung kann aus diesem geostrategischen Machtspiel nicht entstehen.

### Faschisten im Dienste mächtiger Interessen

Ist damit in Kiew der „Faschismus an der Macht“, wie in manchen Diskussionsbeiträgen zu hören und zu lesen ist? Kapital braucht in erster Linie stabile, rechtlich klar abgesicherte Verhältnisse für seine Geschäfte. Faschismus ist für die Bourgeoisie grundsätzlich nur eine Notlösung, wenn ihre Klassenherrschaft revolutionär bedroht ist, aber durch Anwendung äußerster Mittel gesichert werden kann.

Die Lage der Ukraine von heute ist mit der Italiens oder Deutschlands in den 1920er/30er Jahren nicht annähernd gleichzusetzen. Wichtige Teile der Bourgeoisie haben in Deutschland die faschistische Bewegung begrüßt, weil die Herrschaft

### Linke hoffnungslos unterlegen

In verschiedenen Städten der Westukraine gab es Brandanschläge auf Büros der Kommunistischen Partei. Es wurden Morddrohungen ausgesprochen. Bereits im Dezember waren Mitglieder der marxistischen Partei Borotba auf dem Maidan von Faschisten zusammengeschlagen worden.

Eine effektive Gegenwehr dürfte kaum möglich sein. Nicht nur befinden sich die Linken in hoffnungsloser Unterzahl – viele der Kämpfer des Rechten Sektors und anderer militanter Gruppen sind in Besitz professioneller militärischer Ausrüstung. „Wir haben erstklassige kugelsichere Westen und andere Schutzkleidung, wie sie sonst nur die Armee hat“, erklärt uns ein verummter Kombattant, der einen Revolver

trägt und sich als ‚Pseudo-Ariets‘ (Pseudo-Arier) vorstellt. Außerdem hätten er und seine Kameraden eine intensive militärische Ausbildung genossen. Deshalb habe der Rechte Sektor während der Schlachten auf dem Maidan, wo seine Mitglieder stets an vorderster Front kämpften – und dafür als Helden verehrt werden –, in den vergangenen Wochen keine Toten und keine nennenswerten Verletzten zu beklagen. Ein weiteres überzeugendes Argument für die Besatzer des Maidan, sich in Sicherheit zu wiegen und als Sieger zu fühlen: In einigen Gebäuden rund um den Platz sitzen Krieger mit Kalaschnikows.

Dass sie ihre Waffen freiwillig wieder abgeben – das dürfte kaum zu erwarten sein: „Wer will mir mein

Maschinengewehr abnehmen? Wer will es mir wegnehmen? Wer will mir meine Messer wegnehmen?«, fragte der Rechter-Sektor-Führer Muzychko\* vergangenen Dienstag triumphierend in eine Runde deprimiert dreinschauender Parlamentsabgeordneter von Janukowitschs Partei der Regionen in Rovno. Das verängstigte Schweigen der Gefragten gab die unmissverständliche Antwort: Niemand.

\* wurde am 25.3.2014 von der ukrainischen Polizei erschossen – beim Versuch, ihn zu entwaffnen und festzunehmen. aus: Der Maidan als Wellness-Oase für internationale Ultrarechte, Söldner und Desperados von Susanne Witt-Stahl, <http://www.ad-hoc-news.de/der-maidan-als-wellness-oase-f-r-internationale--/de/News/35682640>

des Bürgertums im November 1918 grundsätzlich (revolutionär) in Frage gestellt worden und durch die weitere Entwicklung (Weltwirtschaftskrise 1929) bedroht war. Die Klassenherrschaft insgesamt war durch die anschwellende revolutionäre Strömung in der Arbeiterklasse gefährdet, andererseits war die Arbeiterbewegung tief gespalten (KPD-SPD) und zur tatsächlichen Machtübernahme unfähig. Der „*Faschismus an der Macht*“ bot daher der Bourgeoisie die Chance, ihre ökonomische Existenz zu retten. Allerdings musste sie ihre Einflussmöglichkeiten, die sie im bürgerlichen Parlamentarismus hat, aufgeben und sich auch solchen Entscheidungen unterordnen, die für ihr *Kerngeschäft* eigentlich kontraproduktiv waren (Antisemitismus/Holocaust/Krieg gegen den ganzen Rest der Welt).

Dieses Raster passt für die Ukraine nicht. Zum einen ist ein Krieg, etwa gegen Russland, für die ukrainische Bourgeoisie keine wirkliche Option, sondern im wesentlichen ein ideologisches Hirngespinnst faschistischer Gruppen. Es bleibt für die derzeitigen – im übrigen nicht legitimierten – Machthaber nur die Unterordnung unter USA und EU. Zweitens gibt es keine starke Arbeiterbewegung, die zu zerschlagen wäre: In den Jahrzehnten seit dem Untergang der Sowjetunion ist dort der Kapitalismus nie in Frage gestellt worden. Eine Massenbewegung, die ihn ernsthaft jetzt schon wieder stürzen wollte, ist schlicht unvorstellbar.

Die Funktion der Faschisten besonders in der Westukraine im engeren Sinne (ein Siebtel des Territoriums) besteht darin, Nationalismus und Rechtspopulismus in der Bevölkerung wachzuhalten, um autoritäre Lösungen der fortbestehenden sozialen Probleme möglich zu machen. Nach dem Untergang der Sowjetunion haben nationale Neumythen Auftrieb bekommen, die „oft heldenhafte, zurweilen erfolgreiche Opposition gegen fremde Besatzer mit großen Siegen und Niederlagen“ (Kerstin S. Jobst, *Geschichte der Ukraine*, Stuttgart 2010, S. 219) zum Gegenstand haben. Insbesondere geht es dabei gegen Russland. Einer der stärksten Mythen, die gerade Faschisten propagieren, ist der sogenannte „*Holodomor*“ (in Anlehnung an Holocaust, den faschistischen Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas): Mit dieser Bezeichnung wird

die große Hungersnot der Jahre 1932/3 im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin als gezielter Ausrottungsversuch der ukrainischen Bevölkerung durch „*die Russen*“ interpretiert, als habe es diese Opfer in vergleichbarem Maßstab in anderen Teilen der Sowjetunion nicht gegeben.

In der Ukraine ist die breite Enttäuschung in der Bevölkerung über die bisherigen Strategien und Machthaber eine der Grundlagen des plötzlichen Aufstiegs faschistischer Organisationen in der Umbruchsituation am Kiewer Maidan. Tjahnybok (Swoboda) war Teil der Oppositionsführung und wurde von Steinmeier und Kollegen hofiert. Der Prawyi Sektor bekam freie Hand, Finanzierung und militärische Ausrüstung, um Terror gegen Sicherheitskräfte, vor allem aber auch gegen Linke und Gewerkschafter auszuüben. Was nun längerfristig folgt, ist unklar. „*Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan*“, nun muss es den herrschenden Kräften darum gehen, die Kontrolle und das Gewaltmonopol wiederzuerlangen.

Als Fazit ist festzuhalten: Es geht nicht um den Faschismus an der

Macht (wie in Italien und Deutschland im vorigen Jahrhundert), sondern um eine reaktionäre Regierung. Hierzu gehören Menschen und Parteien, die sich faschistischen Ideen verpflichtet haben, die aber jetzt nur eine weitere, allerdings wahrscheinlich besonders reaktionäre Variante der bürgerlich-parlamentarischen Politik durchsetzen wollen/können.

23.3.2014

Aus *Arbeiterpolitik* 2/2014

Kontakt: GFSA e.V.,

Postfach 106426,

D-20043 Hamburg

arpo.berlin@gmx.de

www.arbeiterpolitik.de



# Solidarität

## mit den Antifaschist\*innen in der Ukraine



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE

Kontonummer: 56036239  
BLZ: 260 500 01

Stichwort: Antifa Ukraine

bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



**ROTE HILFE e.V.**  
Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255  
37022 Göttingen  
Tel.: 0551 – 770 80 08

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genoss\*innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

## Unsere Solidarität gegen ihre Repression!



# Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?



Leserbrief zu den Beiträgen „Verantwortung zum Krieg“ und „Der Krieg beginnt hier!“ in: *Arbeiterstimme*, Heft Nr. 183, Frühjahr 2014, S. 7-12

Die beiden Beiträge aus dem Magazin *Ausdruck* der Informationsstelle Militarisation (IMI) von Jürgen Wagner und Tobias Pflüger (Die Linke) sind m.E. insofern zu einseitig und unzureichend als sie zu sehr nur von den innen- wie außenpolitisch bedeutsamen Aspekten sowie entsprechenden offensiven Aussagen des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD ausgehen. Zweifellos haben inzwischen wichtige militärstrategische Vorgaben wie etwa die in Lissabon 2010 verhandelte neue NATO-Strategie breiteren Eingang in die Köpfe und ideologischen Standpunkte verantwortlicher deutscher PolitikerInnen gefunden. Besonders die USA unter Barak Obama werden – wie gerade wieder geschehen – nicht müde, die europäischen Verbündeten, darunter vornehmlich die BRD, zu mehr Übernahme „internationaler Verantwortung“ und zur Erhöhung ihrer Militär- und Rüstungshaushalte aufzufordern. Man darf indessen in diesem Fall die militärischen Fähigkeiten des deutschen Militärs und rüstungspolitischen Grundlagen und Aspekte nicht vernachlässigen und zwar hinsichtlich der Fragen:

– was kann die Bundeswehr als ausführendes Instrument zu einer veränderten deutschen Außenpolitik substantiell als Armee ggfs. im Kriegseinsatz beitragen und

– wieweit kann sie den politischen Forderungsansprüchen eines SPD-Außenministers Steinmeier und Bundespräsidenten Gauck entsprechen, wie sie sie besonders in ihren Reden auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz vom 31.1. – 2.2.2014 vollmundig vorgetragen haben? (1)

D.h. übertragen auf die in den beiden Artikeln beschriebenen, z.T. unterschiedlichen Szenarien:

– wie weit kann (dass sie es wieder will sei unbestritten) sich dt. Außen- und Sicherheits-/Verteidigungspolitik militärgestützt wieder welt- oder großmachtmäßig aus dem Fenster lehnen und wo und wie muss hierzulande politischer Protest dagegen ansetzen?

Die BRD gehört zu den einflussmächtigsten Wirtschaftsnationen der Welt, beansprucht gerade auf europäischer Ebene als solche auch einen gewissen „Führungsanspruch“ daraus ableiten zu können. Sie kann bedingt auch weltweit ihre wirtschaftliche Macht (siehe z.B. Ukraine) einsetzen und so Druck auf andere Nationen ausüben (siehe etwa im Rüstungsexportgeschäft, wo dt. Exportunternehmen ebenfalls gerngroße Weltmeister sind). Und ihr militärisches Fähigkeitsprofil wird dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielen, den wirtschaftlichen Druck ggfs. durch Androhung militärischer Schritte zu untermauern. Um diese Ebene soll es aber in diesem Beitrag nicht gehen.

Hier soll unterstützt von Daten und Fakten argumentiert werden, dass Deutschland international zur Zeit materiell keine andere als die Rolle einer begrenzt aktionsfähigen militärischen Mittelmacht einnehmen kann, wie ich es nenne. Wie im Fall der beiden europäischen Atomkräfte und NATO-Partner Großbritannien (GB) und Frankreich, ist die kapitalistische deutsche Wirtschaft stark einfuhr- und rohstoffabhängig von Gütern einschl. der Energieversorgung, die nicht oder nicht ausreichend im eigenen Land und in Europa zu haben sind. Dem teilexpansiven Erfordernis, die hierfür benötigten

Handels- und Versorgungswege notfalls auch militärisch zu sichern und freizuhalten, dienen in erster Linie die veränderten außen- und sicherheitspolitischen Argumentationsmuster im Verbund mit der sog. „Neuaufrichtung“ der Bundeswehr, die vom dt. Grundgesetz im Rahmen des geltenden defensiven Verteidigungsauftrags dt. Streitkräfte nicht mehr abgesichert ist und dem grundgesetzlichen Friedensgebot widerspricht. Daraus allein wird man aber noch keine „Weltmachtambitionen“ ableiten können.

Ein wichtiger Meilenstein, struktureller Dreh- und Angelpunkt von bestimmten auch militärtechnologisch innovativen Entwicklungen und Entscheidungen zu internen Bundeswehrreformen, ist die deutsche Beteiligung seit 2001/02 am Afghanistankrieg, obwohl diese für Deutschland weder eine unmittelbare strategische noch geopolitische Bedeutung hatte. Man „verteidigte“ im von den us-Amerikanern zugewiesenen, zunächst eher ruhigen Norden und Nordosten des Landes, sozusagen „am Ende der Welt“ ideologisch-propagandistisch „deutsche Interessen“ (Peter Struck, SPD) an „Sicherheit und Freiheit“ und konnte im gleichen Zug „Manöver“ quasi unter realen Gefechtsbedingungen abhalten. Mittlerweile – und das ist durchaus von einigem Gewicht – sind mit fortlaufenden Ablösungen und Ersatzstellungen schätzungsweise über 100.000 deutsche Soldaten und Soldatinnen durch diese reale Militär- und Kriegsschule hindurchgegangen. Dabei haben sie bewaffnete Geländeeinsätze durchgeführt und wurden immer wieder in Gefechte mit Aufständischen verwickelt, haben motorisiertes Material zu Land und in der Luft erprobt, wobei bisher die meisten eigenen Gefallenen durch Bombenattentate gegnerischer afghanischer Kämpfer und radikal-muslimischer Milizen (Taliban, Al Quaida) zu verzeichnen sind. Wo und wann immer sich motorisierte gepanzerte BW-Konvois aus ihren stark gesicherten Feldlagerburgen noch herauswagten, wur-

den sie zunehmend auch zum Ziel bewaffneter Angriffe und Überfällen aus Hinterhalten. Die ganze Einsatz-Logistik wurde dabei durchgetestet und nebenbei ein bisschen aufbauende Besatzungsmacht in vereinzelt zivil-militärischen Hilfsprogrammen simuliert (Brunnen- und Wegebau, Schulhausbau etc.), was im Grunde Technische Hilfswerke genauso gut oder unter rein zivilen Aspekten noch besser und weit unbelasteter hätten leisten können. Man war dennoch überwiegend mit sich selbst und der Eigensicherung beschäftigt und hat mit mehr als 50 eigenen Gefallenen, durch schwere Verletzungen Invalidisierten und psychisch an posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS; Anstieg als erkannt gemeldeter Fälle zw. 2009 und 2012: von 466 auf 1.143)<sup>2</sup> Leidenden einen hohen Preis dafür bezahlt und unschuldige Tote unter der Zivilbevölkerung (*Massaker von Kunduz*) billigend als „Kollateralschäden“ in Kauf genommen. Es zeigte sich wie historisch schon zuvor für die Eroberungs- und Besatzungsmächte GB, SU und nun auch die USA und NATO, dass sich die Bevölkerung eines Landes wie Afghanistan, wo auf dem Land in nahezu jedem Haus und jedem Nomadenzelt Schusswaffen bereitstehen, nicht so schnell und leicht bestimmen und lenken oder gar unterdrücken lässt, ohne dass die Menschen damit automatisch zu „Terroristen“ würden.

Der Hauptbeitrag Deutschlands zum Afghanistankrieg hatte/hat dennoch zwei nicht unbedeutende Komponenten:

- zum einen wurde gezielt im westlichen Antiterrorgeist zusammen mit anderen NATO-Partnern und mit deutscher Gründlichkeit ein wesentlicher Beitrag geleistet zum Aufbau und Training nationaler eigener Sicherheits- und Einsatzkräfte bei Polizei und Militär, die inzwischen jeweils über mehr als 100.000-Mannstärke (Stand 2011) verfügen – man hat also einen neuen „Weltordnungs-Verbündeten“ in Vorderasien;

- zum anderen hat vor allem das „geheime“ Kommando Spezialkräfte (KSK; heimatstationiert im beschaulichen schwäbischen Schwarzwaldstädtchen Calw) der Bundeswehr die Gelegenheit erhalten und sie auch tatkräftig genutzt, sich an der Seite der USA und Großbritanniens in

flankierend-kooperierenden Kampfeinsätzen zu bewähren, was ihnen nach anfänglich entgegengebrachter alliierter Skepsis mittlerweile auch gelungen ist. Die neuen dt. „Sturmtruppen“ sind „welcome to the club“, integriert und akzeptiert. Dazu bedurfte es eines Kriegseinsatzes im Namen der Antiterrorbekämpfung weltweit! Eine Erfolgsstory sozusagen und zwar derart, dass man nun auch damit begonnen hat, geeignete Truppenteile bei der Bundesmarine (u.a. Kampfschwimmer) als Eliteeinheit in einem eigenständigen *KSK Marine (KSM)* zusammenzufassen und zu formieren, also erstmals so was wie deutsche „Marines“ auf- und bereitzustellen.

Das KSK ist selbständiger Teil des eigentlichen Kerns deutscher militärischer Interventionsfähigkeit zu Luft und zu Lande, konzentriert in den seit kurzem im Rahmen der Strukturreform *HEER2011* neu geschaffenen schnellen Truppen des Heeres unter der klangvollen Bezeichnung *Division Schnelle Kräfte (DSK; Sollstärke: 9.500 Mann)*. In ihr werden unter Verringerung der Anzahl bisher getrennte Bundeswehreinheiten unter einem Zentralkommando (Stabsitz: Stadtallendorf) zusammengefasst und neu formiert: dazu zählen in zwei Luftlandebrigaden „Saarland“ und „Oldenburg“ (mit jeweils etwa 3.500 Mann) Heeresfliegerereinheiten ebenso wie Fallschirmjägerbataillone, Luftbewegliche Brigade, Jäger-,

Kampf- und Transporthubschrauberregimenter.

Ziel dt. Militärpolitik ist es nach eigener Doktrin (siehe *Weißbuch Bundeswehr 2006*; neue Verteidigungspolitische Richtlinien von 2011), bei aller gemeinsamen Verbundstrategie von bestimmten Abhängigkeiten innerhalb der NATO wegzukommen und eigenständige Kapazitäten bereitzuhalten. So fehlte es der Bundeswehr in Afghanistan lange an einem leichten Transporthubschrauber, um kleinere Truppenteile und KS-Kräfte in eigener Regie und nach Bedarf zu ihren Einsatzziele zu fliegen oder auch zur Bergung von im Kampf versprengten Einheiten und Rettung Verwundeter. Mit dem seit kurzem in Dienst genommenen NATO-Hubschrauber NH 90 (erwartete Stückzahl: 80) wurde diese „Beschaffungslücke“ geschlossen, von denen bisher vier in Afghanistan im Einsatz sind. Der ursprünglich zur Bekämpfung von Panzern konzipierte doppelsitzige Kampf- und Unterstützungshubschrauber UH Tiger (ebenfalls 80 Stück), musste in längerer Umrüstungsphase erst noch an die klimatischen Bedingungen in Afghanistan (Staubfilter für Motoren; Elektronik) neu angepasst und auf die asymmetrischen Kampfformen taktisch neu eingestellt werden. Solche Prozesse dauern je länger desto komplexer das vorliegende Kampfgerät oder die jeweiligen Funktionen sind. Im Fall „Tiger“ konnten erst seit kur-

Anzeige



## Antifascistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)  
[mail@antifainfoblatt.de](mailto:mail@antifainfoblatt.de)  
[facebook.com/AntifascistischesInfoblatt](https://facebook.com/AntifascistischesInfoblatt)  
[twitter.com/AntifainfoBlatt](https://twitter.com/AntifainfoBlatt)

Kostenloses Probeexemplar

zem die wichtigen technischen und logistischen Zurichtungen abschließend vollzogen werden, so dass erst jetzt, da sich die Bundeswehr aus Afghanistan zurückzuziehen beginnt, die ersten Kampfhubschrauber zur Verfügung stehen und in realen Einsätzen geflogen und erprobt werden können.

Ähnlich verhält es sich mit dem neuen Großraumtransporter der Luftwaffe A 400-M. Das viermotorige Turboprop-Flugzeug kann im Gegensatz zur veralteten zweimotorigen Transall zwischen 25 bis 30 Tonnen Last über weit größere Reichweiten als bisher transportieren, entweder ca. 110 Soldaten samt Ausrüstung und/oder mehrere kleinere gepanzerte Kettenfahrzeuge oder zwei komplette „Tiger“-Hubschrauber zu ihren Einsatzorten fliegen. Bisher musste die Bundeswehr bei solchen Transportvorhaben auf die kostspielig gechartete Cargolift-Logistik der USA oder Russlands in Form ihrer Herkules-, Iljuschin- oder Antonow-Großraumflugzeuge zurückgreifen (Preis einer Antonow-Flugstunde: 33.000 Euro). Doch auch hier kam es zu deutlichen, das Material zusätzlich verteuern den Auslieferungsverzögerungen und Anpassungsproblemen, so dass erst demnächst mit den ersten von 53 der von der Luftwaffe geordneten A 400-M (Stückpreis inzw.: ca. 175 Mio. Euro) im laufenden Betrieb zu rechnen ist.

Mit den beiden strategisch-taktischen Kampfflugzeugen „Tornado“ (derzeit noch vorhanden: 134 für Kampf-, 34 für Aufklärungsaufgaben; Stückpreis des nicht mehr produzierten Flugzeugs zuletzt bei ca. 55 Mio. DM) als schwerem Bomber, Abfangjäger, Aufklärer und ggfs. Atomwaffenträger (3), erstmals im eingreifenden Kampfeinsatz im Kosovokrieg 1999, und dem leichteren Jagd- und Kampfflugzeug „Eurofighter“, von dem die Luftwaffe bisher 112 der reduziert auf 140 bestellten Maschinen (Stückpreis: ca. 134 Mio. Euro) übernommen hat, kann die Luftwaffe für die nächsten Jahre die ihr offensiv gestellten Aufgaben erfüllen. Für mögliche Einsätze im Großraum Mittelmeer, Nordafrika und Mittelost kann sich die deutsche Luftwaffe auf die natürlichen „Flugzeugträger“ Italien, Griechenland und Türkei stützen, wo es überall NATO-

Luftwaffenstützpunkte gibt. Des Weiteren gäbe es noch die Möglichkeit, zur Überwachung/Beherrschung des südatlantischen Luft- und Seeraums ggfs. auch auf die Luftwaffenbasen der befreundeten Republik Südafrika zurückzugreifen. Und natürlich gehört das Starten und Landen von/ auf Decks der NATO-Flugzeugträger zum Standard-Ausbildungsprogramm dt. Militär-Jetpiloten. Damit ist einschließlich der nord-/osteuropäischen NATO-Flanke (Skandinavien, Baltikum, Polen) dt. Militärpräsenz zu Luft „weltweit“ hinreichend gewährleistet, auch wenn in der führenden deutsche Militärschrift in ihrer neuesten Ausgabe von der überlegenen maritim gestützten Kampfkraft durch moderne Flugzeugträgerverbände geschwärmt wird<sup>4</sup> und sich derzeit noch immer zehn Nationen zwischen ein und zehn dieser megateuren Kampfsysteme leisten, darunter die USA (als einzige mit rein atomar getriebenen Trägern), Russland, Brasilien (ehem. frz. Träger FOCH), GB (zwei Neubauten), Frankreich (mit dem einzigen neuen atomgetr. Träger nach d. USA Charles de Gaulle), Italien, Indien, Thailand(!), Japan (offiziell wg. der Rüstungsbeschränkung nur Hubschrauber tragende Zerstörer!) und China, das einen von der Sowjetmarine übernommenen Flugzeugträger der Ukraine aufkaufte und umfassend modernisierte (Stapellauf 2012).

Am stärksten um- und aufgerüstet wurde dennoch in den vergangenen Jahren mit Milliardenaufwand die dt. Bundesmarine. Um aber auf den internationalen Seewegen eine größere eigenständige militärische Rolle spielen zu können, müsste die Bundesmarine über mehr und größere Kampfschiffe wie Raketenkreuzer, Flugzeugträger und atomgetriebene U-Boote verfügen, was nicht der Fall ist. Auch hier wirkt ein deutlich Groß-/Weltmachtbestrebungen bremsendes Moment. Weltweite „Kanonenbootpolitik“ dürfte mit dieser sich im internationalen Maßstab eher bescheiden ausnehmenden Marine kaum zu betreiben sein. Bisher war jede Weltmacht in der Geschichte auch gleichzeitig beherrschende Seemacht (siehe GB, USA und SU zu Zeiten des Kalten Kriegs, Deutschlands Versuche, dazugehören, scheiterten bislang immer). Es ist, abgesehen

von den ungeheuren Anschaffungskosten solcher Waffengattungen, von deutscher Seite anscheinend auch nicht beabsichtigt, wegen des ebenso kostspieligen Betriebs dieser Systeme solche längerfristig anzuschaffen (selbst Nazi-Deutschland hat seinerzeit den angefangenen Bau des einzigen deutschen Flugzeugträgers Graf Zeppelin mangels Verwendung wieder aufgegeben). Dazu nur ein nüchterner Kostenvergleich: die USA lassen sich den Unterhalt ihrer auf allen großen Weltmeeren ständig präsenten 10 Flugzeugträger-Kampfverbände um die 1 Mrd. USD pro Verband und Jahr kosten. Der gesamte Verteidigungshaushalt der BRD beträgt derzeit rund 33 Mrd. Euro. Der neueste, z.Zt. noch auf Kiel liegende Carrier der USA, die USS Gerald F. Ford (Verdrängung: 100.000 t.), soll geschätzte 11 Mrd. USD kosten. Dennoch wäre es m.E. perspektivisch denkbar, dass Deutschland sich mittelfristig für den Kauf eines mittleren Hubschrauberträgers von den darin erfahrenen japanischen Herstellern entscheiden könnte, da der Bau eines solchen Schiffes für die Logistik dt. Werften völliges Neuland wäre

Anzeigen

## Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

und die Zurichtung zu kosten- und zeitaufwändig wäre.

Durchaus vorstellbar wäre, dass von den künftig sechs hochmodernen neuen dt. U-Booten (davon 2 noch im Bau) der Klasse 212 A ähnlich wie bei den in Deutschland speziell für Israel gebauten U-Booten der Dolphin-Klasse Marschflugkörper auf See- und Landziele abgefeuert werden können, ebenso wie von den derzeit elf im Dienst oder Bau befindlichen Fregatten F 123, 124 und 125 (davon alle vier noch in Planung/Bau) und den fünf Korvetten K 130. In fast allen Welt-Marinen (bis auf die USA) ersetzen die leichteren, nur wenig gepanzerten Fregatten den Typ des früheren klassischen Zerstörers. Ab 2020+ soll die dt. Marine nach und nach zusätzlich sechs neue Mehrzweckkampfschiffe MKS 180 erhalten, in der Größenklasse zwischen Korvetten und Fregatten. Alle fünf in der Ostsee in Warnemünde stationierten Korvetten ersetzen die seekriegsstrategisch überflüssig gewordenen 10 Schnellboote. Sie sollen als hochsee-taugliche kleinere Kriegsschiffe vor allem Land- und Seeziele in Küstennähe bekämpfen können. Die beiden Fregattengeschwader sind zweckmäßigerweise im Marinestützpunkt Wilhelmshaven konzentriert, von wo aus sie schneller in Richtung Atlantik, Mittelmeer und Mittlerer Osten gelangen können. Mit dem Einsatz gegen Seepiraterie am Horn von Afrika bis zum Golf von Oman und der indischen Westküste dürfte die Bundesmarine jedoch ihren maximalen Einsatzradius erreicht haben. Dabei ist zu befürchten und erwarten, dass deutsche Kriegsschiffe demnächst auch in den sich derzeit neu abzeichnenden Antipiraten-Einsatz im Golf von Guinea und an der Elfenbeinküste entlang Afrikas Atlantikküste geschickt werden. Mit den drei großen Einsatzgruppenversorgern (EGV) Berlin, Frankfurt und Bonn (es handelt sich um die größten schwimmenden Einheiten der Bundesmarine mit über 20 000 t Verdrängung und über 170 mtr. Länge) verfügt die Bundesmarine über sehr leistungsfähige modernste Mehrzweckschiffe, die auf See die Einheiten in lfd. Einsätzen mit Material (Container), Proviant, Frischwasser, Munition und Treibstoff versehen können. Gleichzeitig können an Bord bis zu 239 Pers. und

ein kompletter internat. Führungsstab untergebracht werden. Für bis zu 45 Verwundete ist Platz im schiffseigenen Container-Lazarett. Die drei EGV (Stückpreis: zw. ca. 117 und 350 Mio. Euro b. 3. Bau) bilden sozusagen das mobile logistische Rückgrat nicht nur der Marine, sondern auch weltweiter Einsätze.

Im personellen Bereich mit etwa der Hälfte der Ausgaben des Verteidigungshaushalts sieht es lt. warnender Bundeswehrstimmen weniger günstig aus. Tendenziell schrumpft die Zahl der Bundeswehrsoldaten und -Soldatinnen weiter, bald unter 180 000. Alle Waffengattungen haben mehr oder weniger akute Nachwuchsprobleme.<sup>5</sup> Die Problematik bei ver- und gedeckt operierenden Speziellen Einsatzkräften wie dem seit 1997 als einsatzbereit geltenden KSK ist hinlänglich bekannt: „*Rambotruppe*“, „*Kommandokiller*“, rechtslastiger Korpsgeist, fragwürdige Wehrmachts-Vorbilder, contraproductive Schulung im Verwischen eigener Spuren, die auch eine juristisch-rechtliche Überprüfung und Kontrolle erschweren od. vereiteln können, bekanntgewordene menschenrechtswidrige Praktiken (Beteiligung an Folterverhören, der Fall M. Kurnaz) usw. Hinzu kommt die Geheimhaltung und im Grunde völlig fehlende demokratisch-politische Kontrolle, nicht einmal der hierfür zuständige Verteidigungsausschuss des Dt. Bundestages ist vollständig über alle Details informiert. Eine normale prüfbare Bundeswehrdisziplinaufsicht existiert nicht. Das wird bei Bedarf alles „*intern*“ gehandhabt und geregelt. Naturgemäß hat es eine Truppe wie das KSK „*zum Glück*“ noch weit schwerer, genügend Nachwuchs aus Unteroffizierslaufbahnen, Polizei und Bundespolizei für sich zu rekrutieren, der die hohen Leistungsanforderungen und Auflagen für eine erfolgreiche Aufnahme erfüllen kann, wobei man von zuständiger Seite stets ausflüchtig zu betonen bemüht ist, bei der Auswahl nicht auf waffenvernarrte Rambotypen und introvertierte Einzelgänger zu setzen und dagegen Teamgeist und geregelte soziale Einbettung im Privatleben einfordert. Von 50 BewerberInnen schafft in der Regel weniger als 10 % den harten psychischen wie körperlichen Teil der Prüfungen im menschlichen

Grenzbereich zumutbarer Belastungen (Angabe nach einem TV-Bericht). Nicht wenige der Gescheiterten versuchen es hernach mit Bewerbungen bei privaten Sicherheitsfirmen (ebd. TV-Bericht). Der Personalstand des KSK wird derzeit mit einer Zahl am unteren Rand der Bataillonsstärke angegeben, demnach etwa 1.100 Mann (*wikipedia*). Die wirkliche Zahl der einsatzbereiten KSK-Einheiten dürfte jedoch eher bei unter 1.000 Mann zu verorten sein. Unter Abwägung aller Aspekte kann man nur zu dem Schluss gelangen, dass dieser obskure Verband und seine Ableger umgehend ersatzlos abgeschafft gehört, wie es Claudia Haydt von der Tübinger Informationsstelle Militarisation e.V. in ihrer klaren Analyse und Bewertung in ihrem Beitrag „*Stoppt die Kriegselite!*“ zurecht fordert.<sup>6</sup>

Gerade arbeitsteilig personalintensive Waffensysteme wie Kampfschiffe sind auch auf Besatzungen angewiesen, die sich aus qualifizierten freiwillig wehrdienstleistenden Soldaten und Soldatinnen (FWDL) zusammensetzen. Offiziere und Unteroffiziere können nicht alle Aufgaben allein bewältigen. Technisch gut ausgebildetes „Fußvolk“ wird auch in einer hoch professionalisierten Berufs- und Freiwilligenarmee nach wie vor dringend benötigt. Das zeigt besonders auch der Infanteriebereich Heer mit Panzer- und gepanzerten Mannschaftswagen-Besatzungen, Pionier- und Nachschubbataillonen usw. Vor allem in diesem Teil der Bundeswehr leisten FWDL und ZeitsoldatInnen (4, 8, 12 Jahres-Verpflichtungen) ihren Dienst, beliebterweise und trotz der Risiken natürlich in den überdurchschnittlich bezahlten Auslandseinsätzen (> 100 Euro pro Tag zusätzlich zum regulären Sold Sonder- und Gefahrezuwendung bei sonst „*Kost und Logis*“ frei), wodurch ein zuvor eher mittelloser Mensch in wenigen Monaten sogar zu etwas Vermögen gelangen kann.

## Rückschau und Fazit:

Anfang der 90er Jahre warnten Stimmen aus der Antikriegs-/Friedensbewegung und politischen Linken davor, aus dem wiedervereinigten Deutschland könnte so was wie ein neues aggressives „*Großdeutsch-*

land" werden. Aus der geschluckten DDR wurden nicht die östlichen, sondern sprachgeregelt die „neuen“ Bundesländer, so als wolle man den Befürchtungen etwa der Vertriebenenverbände gebührend Rechnung tragen, jenseits des östlichen Teils käme nichts „Deutsches“ mehr. Das größere Deutschland war nur noch von Freunden „umzingelt“, der Warschauer Pakt propagandistisch wie faktisch totgerüstet, im Kalten Krieg „besiegt“ und als ständig projizierte Bedrohung ausgeschaltet. Die Bundeswehr als ehemals mächtiges stehendes Heer „zur Abschreckung“ mit nahezu 500.000 Mannstärke, einem großen aktiven Reservistenanhang und zeitweise einem Anteil von über 200.000 Wehrpflichtigen im aktiven Dienst, drohte funktions- und beschäftigungslos zu werden. Es drohte überdies noch mehr „Gammeldienst“ und das Versauern im tristen Kasernen- und gelegentlichen Manöveralltag. Der erwartete Krieg mit dem Osten fand nicht mehr statt.

Eine staatliche „Friedensdividende“ schien in Aussicht zu stehen durch eine deutlich verkleinerte Truppe und reduziertes Rüstungsmaterial. (Der Verteidigungshaushalt sank zwar vorübergehend etwas ab, betrug 1999 47,5 Mrd. DM/24,3 Mrd. Euro, um im Jahr 2010 auf rund 31,1 Mrd. Euro weiter anzuwachsen). Deutschland hätte, größer aber vor allem verantwortungsvoller, daran gehen können, über zivile Alternativen zu Militär und Rüstung gründlich praktisch nachzudenken, in Form von konkreter Abrüstung und ziviler Rüstungsumlenkung (Konversion). Eigentlich hätte jetzt das im größeren Maßstab geschehen können, was als logische Folge aus dem überstandenen allgemeinen Selbstmordzwang des Wettrüstens und eines ständig drohenden Atomkriegs anstand: Blockfreiheit und weltweite zivile Friedenspolitik (gewaltfreie Konfliktbearbeitung) von deutschem Boden aus. Was man als Kriegsdienstverweigerer bei Streitgesprächen mit Jugendoffizieren der Bundeswehr in Schulen immer als schlagendes Argument um die Ohren gehauen bekam, Westdeutschland müsse sich aktiv nur deshalb so hochgerüstet und kriegsvorbereitet zeigen, weil es die große kommunistische Bedrohung aus dem Osten durch die Truppen des Warschauer Paktes gäbe, war nun plötzlich hinfällig geworden. Die strammen Mi-

litärbefürworter waren in ernster Begründungs- und Rechtfertigungsnot.

Just in dieser Phase drohenden Orientierungs- und Legitimationsverlustes dt. Militärpolitik begann die schrittweise Realisierung der Vorbereitung auf und Anpassung an neue internationale Bedrohungsmomente und Gefahrenszenarien. Die Ideen der „Auslandseinsätze“ und sog. „humanitären Intervention“ wurden aus der Taufe gehoben, ideologisch propagiert und salamitaktisch praktisch Schritt für Schritt auch umgesetzt und höchstrichterlich juristisch legitimiert. Im ersten us-Golfkrieg unter dem Präsidenten George Bush sen. anlässlich der Kuwait-Besetzung durch den Irak 1991, stand die BRD als NATO-Verbündeter noch weitgehend abseits, stellte allenfalls Spezialisten in AWACS-Überwachungsflugzeugen bereit, erfüllte „passiv“ ihre Bündnisverpflichtung und erwies sich als territoriale Drehscheibe für den alliierten Nachschub. Dt. SoldatInnen übernahmen stellvertretend für ihre us-KollegInnen im Krieg Wachdienste an us-Standorten. Zu sehr war man jedoch noch damit beschäftigt, die z.T. ausufernden ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung in den Griff zu bekommen und gleichzeitig das neu hinzugewonnene Wirtschaftsgebiet kapitalistisch-marktwirtschaftlich aufzupäppeln. Der marode abgewickelte dt. Osten hing umgeben von „blühenden Landschaften“ (Kanzler Kohl) im westlichen Wirtschaftsllazarett am Tropic.

Ohne diese ereignisreiche Phase hier weiter nachzeichnen zu wollen und können, stand am Ende des ersten Jahrzehnts nach der Vereinigung ein größeres und potenteres Deutschland mit einer erstmals sozialdemokratisch-grünen Regierung, die sich anschickte, ihre Rolle auf dem internationalen Parkett zu finden, aktiv zu definieren und erste tatkräftige Beweise dafür zu liefern, dass sie unter Schröder/Fischer gewillt war, im Konzert der neuen Kriegswilligen einige lautere Töne mitzuspielen. Sie tat es schließlich mit der Beteiligung der bundesdeutschen Luftwaffe an den völkerrechtswidrigen Bombardements und Zerstörungen im Kosovo-/Jugoslawienkrieg 1999. Mit den Angriffen auf die Welthandels-Türme in New York am 11.9.2001 zeigte sich drastisch-symbolisch der ganze Roll-

back aus jahrhundertelanger kultureller Unterdrückung und Ausbeutung der „dritten“ durch die erste und z.T. zweite Welt in einem sich radikalislamistisch definierenden Widerstand bis zum Gegenterrorismus in aufschreckender Weise. Ein neues Fanal war gesetzt in der Geburtsstunde eines weltordnenden Antiterrorkrieges der USA und ihrer Verbündeter vom Atlantik bis zum Pazifik gegen diese im Extremen aufbrechende islamistische Welt, deren Vorbote erstmals in Gestalt der gelungenen islamisch-antiimperialen Revolution im Iran 1979 auf den Plan getreten war, die das westlich orientierte terroristische Schah-Regime beseitigte. Es dauerte noch etwa zehn weitere Jahre, bis die Bundeswehr nun als umgewidmete und umstrukturierte „Armee im Einsatz“ soweit war, den neuen offensiven politischen Diskurs der Herrschenden von „mehr Macht - mehr Verantwortung“ ggfs. auch militärisch umsetzen und ausfüllen zu können. Der Kreis hatte sich geschlossen, die pessimistischen Warnungen von vor mehr als 20 Jahren haben sich z.T. und auf spezifische Weise als völlig berechtigt erwiesen.

Am Ende eines sieglos verlaufenen Kriegesengagements in Afghanistan und Rückzugs aus einer weiter umkämpft bleibenden Region dieser Welt, steht das deutsche Militär alles in allem materiell relativ gut gerüstet und vorbereitet da, im Ausmaß begrenzte Operationen weltweit im Verbund und unter dem atomaren Deckungsschirm der NATO auszuführen. Das ist ein m.E. wesentlicher Gesichtspunkt bei der realistischen Bewertung möglicher „weltmachtorientierter“ Alleingänge und Großmachtambitionen der BRD. Ohne größeren und leistungsfähigeren Truppentransporter und die jetzt gelieferten Transport- und Kampfhubschrauber sowie die Umstellung auf sog. schnelle Kampfeinheiten wäre die Bundeswehr in Afghanistan viel eher Gefahr gelaufen, evtl. in ernstere Schwierigkeiten bei größeren Kampfeinsätzen zu geraten. Wohl auch deshalb hat man sich in dieser Hinsicht eher noch zurückgehalten und ein sonst recht profilloser Außenminister wie Westerwelle (FDP) konnte diese systembedingte „Zurückhaltung“ sogar noch positiv für seine deutlich demonstrierte gedämpfte Kriegsbereitschaft verbuchen. Der

Mann wusste offenbar, wovon er informiert spricht.

Die beiden kritischen Autoren Wagner und Pflüger, letzterer besonders, weisen neben den bedenklichen politischen Implikationen der neu ausgerichteten Bundeswehr zurecht auf das zu fordernde stärkere Augenmerk der deutschen Friedensbewegung auf die Standortpräsenzen der Bundeswehr und die verschiedenen EU- und NATO-Kommandozentralen in Deutschland hin. Ansetzend an der Personalfrage wäre zudem ein wichtiges Packende der Antikriegs- und Friedensbewegung, noch verstärkter gegen das öffentlich werbende Auftreten der Bundeswehr-Jugendoffiziere und Militär-Berater in Schulen, Berufsschulen, Jobcentern aufklärend zu wirken. Ähnliches gilt für öffentliche Auftritte der Bundeswehr bei Gelöbnissen, Flugschauen, technischen Messen, Tagen der offenen Tür und konfessionellen Kirchentagen (Militär-/SoldatInnenseelsorge), die zum Gegenstand öffentlicher Proteste gemacht werden müssen. Es empfiehlt sich eine Art ständige „Roadmap“, wo Termine für Auftritte der Bundeswehr in welchen Städten und Regionen zu erwarten sind. Das ist die verbleibende, derzeit durch zivilen demokratischen Protest zu treffende personelle Achillesverse des deutschen Militärs, nachdem es den noch gewisse Grenzen setzenden „Stachel“ massenhafter Kriegsdienstverweigerung der Vergangenheit losgeworden ist.

Anmerkungen:

1– Z.B. abgedruckt in: *Europäische Sicherheit & Technik*, Heft 3/2014, S. 11-14 und 21/22

2– nach W. Labuhn: „Gigantische Aufgabe“, in: *Europäische Sicherheit & Technik*, Heft 1/2014, S. 24

3– Die BRD hat zwar den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, darf keine eigenen Atomwaffen produzieren und haben, ist aber dennoch sog. nuklearer Teilhaberstaat, d.h. sie kann im Rahmen der nuklearen Abschreckung der NATO unter us-amerikanischer Kontrolle und Entscheidungsbefugnis ggfs. atomare Gefechtsköpfe auf eigenen Trägersystemen (z.B. dem Tornado-Bomber) einsetzen.

4– Siehe Dieter Stockfisch in seinem Artikel „Projektion von Seemacht. Flugzeugträger im 21. Jahrhundert“ in:

*Europäische Sicherheit & Technik*, Heft 5/2014, S. 49-52

5– So stellte der amtierende Generalinspekteur der Dt. Marine, Vizeadmiral Axel Schimpf, in einem Zeitungsinterview fest: „Die Personallage unserer Marine bereitet mir Sorgen, sie ist zunehmend kritisch. Gemäß der Entscheidung des Dt. Bundestages über die Aussetzung der Wehrpflicht, leisten heute nur noch Freiwillige ihren Dienst in den Streitkräften. Nach einem erfolgreichen Start im Juli vergangenen Jahres schwindet das Interesse von Bewerberinnen und Bewerbern an Bundeswehrverwendungen seit einigen Monaten deutlich. (...) Aber auch andere Laufbahnen sind betroffen, insbesondere der Bereich der Unteroffiziere mit seinen wichtigen fachspezifischen Aufgaben im Dienst an Bord“. In: *Europäische Sicherheit & Technik*, Heft 10/2012, S. 44

6– In: *FriedensForum*, Zeitschrift der Friedensbewegung, Heft 4, August/September 2011, S. 34/35

Literatur:

Ohne Werbung für Militärverlage betreiben zu wollen, sei noch auf zwei interessante Bücher zum Themenzusammenhang hingewiesen: **Dieter Farwick: Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt**

Osnig Verlag 2010.

Wer die argumentative Gesamt-Ideologik der Seite der Militärpolitik-Strategen richtig erfassen und begreifen will, ist mit diesem faktenreichen systematischen „Plädoyer“ eines Brigadegenerals a.D. und Generalstabsoffiziers für eine zielklare militärgestützte deutsche Politik bestens bedient. Ich kenne kaum Genaueres und im Umkehrschluß Entlarvenderes.

**Brinkmann/Hoppe/Schröder: Feindkontakt. Gefechtsberichte aus Afghanistan**  
Mittler Verlag.

Zwar keine Neuauflage von „In Stahlgewittern“ eines begeisterten Frontoffiziers im I. Weltkrieg wie Ernst Jünger, aber dennoch offen bekennende Kriegsalltags-Schilderungen aus der Sicht jener, die bei Bundeswehr-Kampfeinsätzen vorneweg dabei waren. Lesenswert, weil es den Widersinn des Ganzen exakt deutlich macht.

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

**Nr. 183 Frühjahr 2014, 36 S.**

- Mindestlohn – ein historisches Ereignis?
- Schwarz-Rote Weltmachtambitionen
- Der Krieg beginnt hier!
- Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine
- Zu den Wahlen in Chile
- Zu Ehren der Verteidiger\_innen der Bremer Räterepublik
- Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds

**Nr. 182 Winter 2013, 32 S.**

- Kein Politikwechsel
- Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung
- Tschechien: geht es weiter bergab?
- Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936
- Schuldenkrise ist die Steuererhebungs-krise
- Unsere Jahreskonferenz 2013
- Rezensionen

**Nr. 181 Herbst 2013, 28 S.**

- Der Angriff auf Syrien
- Der Präsident als Gefahr für die Linke?
- Eine neue Politik für den Norden Koreas?
- Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen

**Nr. 180 Sommer 2013, 40 S.**

- Keine Schicksalswahl
- Die Demontage des Sozialstaates
- Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte
- Lateinamerika nach Chavez
- Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972
- Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

Bestellungen bitte an:

**Gruppe Arbeiterstimme**

**T. Gradl, Postfach 910307**

**90261 Nürnberg**

**Probehefte versenden wir gratis!**

## Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

## Literaturliste

K. H. Tjaden: <b>Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
<b>Die Bremer Linksradikalen</b>	66 Seiten, 2,00 €
<b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
<b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)	<b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 €
<b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>	1931, 75 Seiten, 3,00 €
<b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
<b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
<b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
<b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
<b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
<b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
<b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
<b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
<b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
<b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**

## Der spanische Bürgerkrieg



**240 Seiten, Paperback,**  
**€ 12,-**  
ISBN 3-00-010296-5  
Herausgegeben  
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten, Paperback,**  
**€ 10,-**  
ISBN 3-9809970-1-4  
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



**624 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
ISBN 3-87975-836-0

### Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg

oder:  
redaktion@arbeiterstimme.org